LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4

L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

IV. Wahlperiode/ 1. Sitzung.
1. Sitzungsperiode 1932.

Stenographischer Bericht

über die am Donnerstag, den 28.April 1932 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer(Z)-St.Ingbert: Meine Dame und meine Herren! Mit der einstweiligen Führung der Geschäfte beauftragt, eröffne ich hiermit die Sitzung (9 Uhr 35 Minuten).

Ich möchte bemerken, daß es bisher nicht üblich war, während der Sitzung zu rauchen.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): In der Stadtratsitzung wird ja auch geraucht!)

Ich glaube, daß die Mehrheit des Hauses auf dem Standpunkt steht, daß nicht geraucht wird, und ich bitte, an diesem Standpunkt festhalten zu wollen.

Die Regierungskommission ist vertreten durch Herrn:

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein; dieselbe liegt Ihnen vor und lautet:

T a g e s o r d n u n g :

I) Gemäß Beschluß vom 13.April 1932 ersucht die Regierungskommission den Landesrat, durch Wahl festzustellen, welches seiner Mitglieder während der beginnenden Wahlperiode Präsident des Landesrates sein soll;

II) Wahl der Beisitzer und ihrer Stellvertreter;

III) Bildung der Kommissionen;

IV) Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1) Sicherung des Bestandes der Sozialversicherungsträger;

2) Die Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände;

3) Aufnahme von Anleihen und Darlehen und dergl.durch Gemeinden und Gemeindeverbände;

4) Einrichtung einer Zentral-Depot-Kasse für das Saargebiet.

5)

5) Ausdehnung der Bestimmungen über die Polizeistunde auf Vereine und geschlossene Gesellschaften;

6) Herstellung, Aufbewahrung oder Mitführen von Sprengkörpern;

7) Verbot nächtlicher Geländeübungen und Märsche;

8) Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes;

9) Abänderung der Verordnung betr. die Gewerbesteuer vom 8.Dezember 1925, 28.April 1926 und 29.Januar 1930;

10) Verlängerung und Abänderung der Verordnung Nr.542 vom 8.Oktober 1930 über die Gewährung von steuerlichen Vergünstigungen an nichtbezuschußte Kleinwohnungsbauten (Amtsblatt S.594);

11) Verbot der Sonntagsarbeit in Bäckereien und Konditoreien;

12) Änderung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12.Mai 1901(R.G.Bl.S.139);

13) Änderung des Gesetzes über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai 1908 (R.G.Bl.S.263);

14) Kapitalisationsgesellschaften;

15) Änderung der im Saargebiet geltenden Gesetze,Verordnungen und Ausführungsbestimmungen über Sozialversicherung;

16) Änderung des Reichsstempelgesetzes;

17) Abänderung und Ergänzung des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz in der Fassung des Gesetzes vom 30.Mai 1908(R.G.Bl.08,S.381).

Wir beginnen mit Punkt 1 der Tagesordnung betr.:

> Gemäß Beschluß vom 13.April 1932 ersucht die Regierungskommission den Landesrat, durch Wahl festzustellen, welches seiner Mitglieder während der beginnenden Wahlperiode Präsident des Landesrates sein soll.

Die Stimmzettel sind verteilt. Ich bitte die Parteien um Vorschläge.

Abg. Levacher (Z): Die Zentrumsfraktion schlägt den bisherigen Präsidenten des Landesrates, Herrn Scheuer, vor.

Abg. Hey(KP): Wir schlagen für unsere Partei den Abgeordneten Lorenz vor.

Vorsitzender: Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Ich darf bitten,daß die Sozialdemokraten und Kommunisten je einen Herrn am Vorstandstisch Platz nehmen lassen zur Feststellung des Ergebnisses.

Von

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Von den Sozialdemokraten nimmt Herr Lieser- Homburg, von den Kommunisten Herr Detjen-Saarbrücken am Vorstandstisch Platz.

Der Vorsitzende gibt das Ergebnis bekannt:

Von 28 abgegebenen Stimmen entfallen 20 Stimmen auf Scheuer;
" " " " " 8 auf Lorenz;

Damit ist die Wahl des Vorsitzenden erledigt.

Wir kommen jetzt zur

Wahl der Beisitzer.

Abg. Hey(KP): Wir schlagen als 1.Beisitzer, den Abgeordneten Heinrich Detjen vor.

Abg. Levacher(Z): Wir schlagen die Abgeordneten Blügel und Schmoll vor.

Abg. Hey(KP): Als 2. Beisitzer schlagen wir den Abgeordneten Frisch vor.

Vorsitzender: Es sind 28 Stimmzettel abgegeben und es entfallen

auf die Abgeordneten Blügel - 20 Stimmen,
" " " Schmoll - 17 "
" " " Frisch - 8 "
" " " Detjen - 11 ".

Danach d sind die Herren Blügel und Schmoll gewählt. Ich darf die Herren bitten, hier am Vorstandstisch Platz zu nehmen.

Wir kommen dann zur

Wahl der Stellvertreter.

Vorgeschlagen sind die Herren Lieser, Baltes, Detjen,Frisch und Schmelzer.

Es sind 28 Stimmzettel abgegeben. An Stimmen erhalten:

Abg. Lieser (SP) - 16 ; Abg. Baltes (NSDAP)-3;
Abg. Detjen (KP) - 9 ; Abg. Frisch (KP) - 8;
Abg. Schmelzer (DSV) - 17 Stimmen.

Danach sind die Herren Schmelzer und Lieser gewählt. Ich frage die Herren, ob sie die Wahl annehmen. - Es ist der Fall.-

Wir

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4 I

Wir schreiten nunmehr zur

Bildung der Kommissionen.

Die Kommissionen waren bisher in der Weise besetzt, daß das Zentrum 3 Mitglieder, die Kommunisten 2 Mitglieder und die übrigen Fraktionen je einen Vertreter stellten.

Es sind folgende Vorschläge eingegangen:

1. Für Steuersachen:

Zentrum:	Mitgl.	Becker, Gärtner, Gladel.
Stellvertreter:	"	Angel, Hirschmann, Haßler.
Komm. P.:	"	Lorenz (Stellv. Hermann)
Soz. P.:	"	Petri.
N.S.D.A.P.:	"	Brück.
D.S.V.:	"	Dr. Dr. Röchling.
D.W.P.:	"	Schmoll.

---

2. Für Angelegenheiten der Öffentlichen Arbeiten:

Zentrum:	Mitgl.	Angel, Blügel, Martin.
Stellv.	"	Albrecht, Becker, Schinhofen.
Komm. P.:	"	Hey (Stellv. Detjen).
Soz. P.:	"	Lieser.
N.S.D.A.P.:	"	Brück.
D.S.V.:	"	Schmelzer.
D.W.P.:	"	Schmoll.

---

3. Für Wirtschaftsfragen: (Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk):

Zentrum:	Mitgl.	Becker, Kiefer, Angel.
Stellv.	"	Hirschmann, Albrecht, Gladel.
Komm. P.	"	L'hoste (Stellv. Sommer).
Soz. P.:	"	Braun.
N.S.D.A.P.:	"	Brück.
D.S.V.:	"	Schmelzer.
D.W.P.:	"	Schmoll.

---

4. Für Verwaltungsfragen:

Zentrum:	Mitgl.	Levacher, Haßler, Schinhofen.
Stellv.	"	Martin, Blügel, Scheuer.
Komm. P.:	"	Pink (Stellv. Frisch).
Soz. P.	"	Braun
N.S.D.A.P.:	"	Baltes.
D.S.V.:	"	Dr. Dr. Röchling.
D.W.P.:	"	Schmoll.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

5. Für Rechtsfragen:

Zentrum:	Mitgl.	Levacher, Scheuer, Schinhofen.
Stellv.	"	Wilhelm, Gärtner, Angel.
Komm.P.:	"	Lorenz (Stellv. Hey).
Soz. P.:	"	Braun.
N.S.D.A.P.:	"	Brück.
D.S.V.:	"	Dr.Dr.Röchling.
D.W.P.:	"	Schmoll.

---

6. Für Kultus-und Schulangelegenheiten:

Zentrum:	Mitgl.	Wilhelm, Martin, Albrecht.
Stellv.	"	Kiefer, Gladel, Scheuer.
Komm.P. :	"	Frisch (Stellv.L'hoste).
Soz.P.:	"	Braun.
N.S.D.A.P.:	"	Brück.
D.S.V.:	"	Schmelzer.
D.W.P.:	"	Schmoll.

---

7. Für soziale Gesetzgebung und arbeitsrechtliche Angelegenheiten:

Zentrum:	Mitgl.	Gärtner, Albrecht, Hirschmann.
Stellv.	"	Gladel, Kiefer, Becker.
Komm.P.:	"	Detjen(Stellv.Sommer).
Soz.P.:	"	Petri.
N.S.D.A.P.:	"	Baltes.
D.S.V.:	"	Schmelzer.
D.W.P.:	"	Schmoll.

---

8. Für Volkswohlfahrt.(Fürsorge für Kriegshinterbliebene, Gesundheitsfürsorge, Jugendfürsorge, Allgemeine Fürsorge für wirtschaftlich Schwache.):

Zentrum:	Mitgl.	Blügel, Wilhelm, Hirschmann.
Stellv.	"	Kiefer, Martin, Schinhofen.
Komm.P.:	"	Hermann(Stellv.Pink).
Soz.P.:	"	Lieser.
N.S.D.A.P.:	"	Baltes.
D.S.V.:	"	Schmelzer.
D.W.P.:	"	Schmoll.

Ein Widerspruch gegen diesen Vorschlag wird nicht erhoben.
Er gilt somit als angenommen.
Damit ist dieser Punkt erledigt.

Wir kommen nun zur Begutachtung der Verordnungsentwürfe.
Die Vorlagen 1 - 14 haben bereits den alten Landesrat schon beschäftigt und waren zum Teil schon in den Kommissionen. Es wird vorgeschlagen, daß diese Vorlagen in den Kommissionen verbleiben, denen sie vorgelegen haben.

Die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 1

Die Vorlage 15 wird in die 7.Kommission,
" " 16 " " " 1.u.3. "
" " 17 " " " 7. " verwiesen.

Widerspruch erhebt sich nicht. Sie sind also damit einverstanden. Für die Kommissionsberatung möchte ich bemerken, daß über die Vorlage betr. Bausparkassen die Dringlichkeit ausgesprochen wurde und daß in der Kommissionssitzung darauf Rücksicht genommen werden möge.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

LT Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Wir treten in eine

allgemeine Aussprache

außerhalb der Tagesordnung ein.

Ich erteile als erstem Redner dem Herrn Abgeordneten Levacher das Wort.

Abg. Levacher (Z): Meine Dame und meine Herren!

Mit dem heutigen Tage beginnt der letzte Abschnitt der Tätigkeit des Landesrates. Wir bedauern es außerordentlich, daß unsere Forderung, die wir zu Beginn der abgelaufenen Sitzungszeit an die Spitze unserer Erklärung gesetzt hatten:

baldige restlose Rückgliederung des Saargebietes an's Reich !,

nicht verwirklicht wurde, da die Saarverhandlungen im Jahre 1930 scheiterten.

Die Zentrumsfraktion gibt auch heute ihrer Hoffnung Ausdruck, daß noch vor 1935 die restlose Rückgliederung des Saargebietes zum Reiche, entsprechend dem oft geäußerten Willen der Bevölkerung verwirklicht wird. Die volle Beseitigung des jetzigen Zustandes ist unbedingt notwendig, damit die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich endlich eingeleitet und die Befreiung Europas gefördert wird.

Schon wiederholt hat die Zentrumsfraktion ihren Willen zu erkennen gegeben, mit der Regierungskommission vertrauensvoll zusammen zu arbeiten, um das Wohlergehen der Bevölkerung zu fördern. Wir müssen aber feststellen, daß die frühere Regierungskommission diesem Willen unserer Fraktion nicht entgegenkam. Da nun die Regierungskommission neu zusammengesetzt wurde, sprechen wir wiederum die dringende Erwartung aus, daß sie uns ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zum Besten des Saargebietes und seiner Bevölkerung zukünftig möglich macht.

(Zuruf des Abg.Hey(KP): Zur Durchführung der Notverordnungspolitik!)

(Abg.Levacher (Z): Sie kommen nachher an die Reihe, dann können Sie reden!)

Eine Voraussetzung dazu ist, daß die Regierungskommission den Gutachten des Landesrates,die nach ernster und sorgfältiger Beratung und Prüfung gefaßt werden, auch Rechnung trägt. Der Landesrat hat sich noch in seiner letzten Kommissionssitzung einstimmig und mit aller Entschiedenheit gegen die Verordnungen, welche die Gemeinden und Gemeindeverbände betreffen, ausgesprochen. Trotzdem hat die Regierungskommission ihre Verordnungsentwürfe als Notverordnungen in Kraft gesetzt. Außerdem hat sie ohne Befragung des Landesrates den 5.Teil der Reichsnotverordnung vom 8.Dezember 1931 betreffend Sozialversicherung ab 1.Januar 1932 übernommen.

Zuruf

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 111
A4
1

(Zuruf des Abg. Detjen(KP): Sie machen Schule bei Brüning!)

(Abg. Levacher (Z): Das haben wir nicht nötig!)

- Glocke des Präsidenten -

rsitzender: Ich bitte,den Redner sprechen zu lassen.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Zwischenrufe sind doch erlaubt!)

(Redner Levacher(Z): aber vollständig unnütz!)

g. Levacher(Z):fortfahrend: Die Zentrumsfraktion hat die Regierungskommission nicht im Unklaren darüber gelassen, daß sie zum Erlaß von Notverordnungen im Saargebiet kein Recht besitze. Darum verlangt die Zentrumsfraktion die Aufhebung aller Notverordnungen. Sie muß auch darauf bestehen, daß ihre Forderungen betreffend Sicherung der Sozialversicherung des Saargebietes erfüllt werden. Wenn die Regierung auf diese Forderungen eingeht, so könnte das als Beweis dafür gelten, daß sie gesonnen ist, mit der gewählten Volksvertretung in der kurzen Zeit bis zur endgültigen Rückgliederung wirklich zusammenzuarbeiten.

In diesem Zusammenhang muß die Fraktion auch die Aufhebung sämtlicher Gesetze und Verordnungen verlangen, die mit Rücksicht auf französische und nicht rein saarländische Wirtschaftsinteressen entstanden sind.

Die wirtschaftliche Lage im Saargebiet ist überaus ernster Natur. Das zwingt uns, zur Begründung unserer damit im Zusammenhang stehenden Forderungen, auf einiges näher einzugehen. Gegenüber 1926 sind in der Saarwirtschaft heute rund 66 000 Arbeitnehmer weniger beschäftigt. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 45 000.-

(Zuruf des Abg.Hey(KP): Die Regierungskommission gibt die Zahl 60 000 zu !)

Die noch in Beschäftigung stehenden Arbeitnehmer arbeiten zum größten Teil "kurz ". Allein im Saarbergbau fielen im I.Vierteljahr 1932 mindestens 21 Arbeitstage aus. Ähnlich ist es in der Eisenhütten-, der Glas-und Keram-Industrie, sowie in sonstigen Wirtschaftszweigen, bei denen die Bauwirtschaft völlig darniederliegt. Die Produktion ist zum Teil infolge unnötiger Absatzschwierigkeiten in den Schlüsselindustrien um ein volles Drittel und mehr zurückgegangen. Belegschaftsabbau,Feier-und Kurzschichten sowie direkter Lohn-und Gehaltsabbau verursachten im vorigen Jahre einen Einnahmeausfall von mindestens 500 bis 550 Millionen Franken. Die Bezüge aus der Sozialversicherung und dem Versorgungswesen, sowie die Familienzuschläge in der Erwerbslosenfürsorge wurden ebenfalls gesenkt bezw. ganz beseitigt,wodurch ein weiterer Einnahme-Ausfall entstand. Durch die Herabsetzung der Ausschlußsätze in der Erwerbslosenfürsorge kamen viele Erwerbslose um jegliche Unterstützung. Unter diesen Verhältnissen leiden nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern vor allem die Gemeinden, sodann der ganze Mittelstand, wie Handel,Gewerbe und Landwirtschaft. Die Last der Gemeinden zur Unterhaltung der Erwerbslosen, Ausgesteuerten und sonstiger Unterstützungsbedürftiger wird immer größer und untragbar. Die jetzt schon aufzubringenden Steuern übersteigen aber schon die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung. Im vorigen Jahre und in jüngster Zeit wurde die Lage vieler Gemeinden noch verschlimmert durch die Stillegung von Grubenanlagen. Diese Verhältnisse machen es notwendig, daß die

Regierungskommission

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 44 A4

Regierungskommission Maßnahmen gegen weitere Senkungen der Einnahmen der breiten Volksschichten trifft. Wir verlangen auch, daß zum Schutze der tariflichen Regelung aller Lohn-, Gehalts-und Arbeitsverhältnisse, welche durch die Entwicklung der letzten Monate ernstlich bedroht ist, die schon oft geforderten Gesetzentwürfe dem Landesrat vorgelegt werden. Besonders dringlich ist eine ausreichende Hilfe für die Gemeinden. Hier muß eine bessere Steuerverteilung herbeigeführt und an die Schaffung einer Krisen-Ausgleichsstelle gedacht werden. Der entsprechende Grubensteueranteil muß auch den Gemeinden weiter gewährt werden, die von Grubenstillegungen betroffen werden. Außerdem ist die sofortige Änderung der am 11.April ds.Js. von der Regierungskommission vorgenommenen Neuregelung der Beihilfesätze für Ausgesteuerte dringend erforderlich. Die Zentrumsfraktion verlangt, daß diese Beihilfe aus Mitteln des Saargebietes allen Gemeinden in Höhe des Regierungsanteils gewährt wird, der für nicht ausgesteuerte Erwerbslose in Frage kommt. Wir fordern in diesem Zusammenhang auch die Verwirklichung unserer Anträge vom 22.und 31.März 1932, in denen die Heraufsetzung der Ausschlußsätze und der Familienzuschläge in der Erwerbslosenfürsorge verlangt wird.

Die große Arbeitslosigkeit und starke Senkung der Einkommen haben dazu geführt, daß Bauschuldner besonders aus dem Arbeitnehmerstande, ihren Zinsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Damit diesen Leuten geholfen wird, verlangt die Fraktion die

Bereitstellung ausreichender Mittel zur Gewährung von Zinszuschüssen.

Die im Gefolge der Wirtschaftskrise aufgetretene Deflation hat den Weltpreisstand von Grund auf verändert und hat besonders im Mittelstande des Saargebietes verheerend gewirkt. Neben dem schon gekennzeichneten allgemeinen Schwund der Kaufkraft verschärfen nun besonders die Zoll-und Kontingentierungsmaßnahmen die Lage außerordentlich. Unsere Fraktion hat seit Jahren schon die Regierungskommission immer wieder gedrängt, wirksame

Abwehrmaßnahmen zur Milderung der Notlage

zu ergreifen. Sie muß jedoch feststellen, daß ihre Vorschläge sehr wenig beachtet wurden. Sie erachtet es als unbedingt notwendig, den Preisabbau vorwärts zu treiben, um die Kaufkraft zu erhöhen. Das notwendige Maß der Preissenkung durch Belastungen und Verdienstminderungen des gewerblichen Mittelstandes allein zu erreichen, ist einfach unmöglich. Darum fordert die Fraktion, daß zur Entlastung von Handel und Gewerbe sofort eine

Senkung der Mieten für gewerbliche Räume

durchgeführt wird, soweit eine solche auf dem Wege freiwilliger Vereinbarung nicht zu erreichen ist. Außerdem müssen von der Regierungskommission ähnliche Maßnahmen zur

Senkung der Zinssätze und Zinsspannen usw.

wie sie im Reiche durchgeführt wurden, mit allem Nachdruck verlangt werden. Solche Maßnahmen sind notwendige Voraussetzungen zur dringend erforderlichen Verbilligung der

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

der Lebenshaltung. Im engsten Zusammenhang mit diesen Maßnahmen steht die

Umgestaltung der französischen Zölle und Einfuhrvorschriften.

Die Zentrumsfraktion hat schon oft bei der Regierungskommission beantragt, sie solle bei der französischen Regierung dafür eintreten, daß die Zölle und Einfuhrvorschriften den Lebensnotwendigkeiten der Bevölkerung im Saargebiet angepaßt werden. In der Tat aber wurden die Lebensnotwendigkeiten der Bevölkerung im Saargebiet bisher nicht genügend berücksichtigt. In der Zollfrage hat man die besondere wirtschaftliche Lage des Saargebietes, das gegen seinen Willen dem französischen Zollgebiet eingegliedert wurde, außer Acht gelassen. Die Behandlung des Saargebietes als zweitklassiges Land geht auch daraus hervor, daß die Fleischeinfuhr aus dem Saargebiet nach Frankreich, nicht aber wie es gerecht wäre, auch von Frankreich nach dem Saargebiet, verboten ist. Wir müssen fordern, daß diese für uns unwürdige Behandlung endlich aufhört.

Die wirtschaftliche Lage im Saargebiet hat insbesondere auch die saarländische Landwirtschaft in außerordentliche Bedrängnis gebracht. Unsere Fraktion hat in vielen Anträgen der Regierungskommission wirklich durchführbare Vorschläge unterbreitet, die geeignet gewesen wären, der Landwirtschaft über die böse Notzeit hinwegzuhelfen. Wenn wir auch zugestehen, daß einige unserer Forderungen erfüllt wurden, so war das doch keine ausreichende Hilfe. Die Zentrumsfraktion muß daher verlangen, daß

ausreichende Mittel zur Gewährung verbilligter langfristiger Kredite und Zinszuschüsse für die Landwirtschaft

bereitgestellt werden. Die Verschuldung der Landwirtschaft ist nachweisbar von rund 32 000 000 Franken im Jahre 1929 auf rund 38 000 000 im vorigen Jahre gestiegen. Diese Tatsache zunehmender Verschuldung rechtfertigt zur Genüge unsere Forderung. Desweiteren verlangen wir die Durchführung der notwendigen

Entwässerung sumpfiger Gelände und Verbesserung von Flußbetten,

wie wir es schon oft bei unsern Forderungen betr. Arbeitsbeschaffung getan haben. Notwendig ist auch die

Errichtung weiterer landwirtschaftlicher Schulen.

Eine bessere landwirtschaftliche Ausbildung bringt auch eine ausgedehntere Ausnützung der Siedlungsmöglichkeiten mit sich. Damit aber die Landwirte selbst genügend entlastet werden, muß ihre Besteuerung den jeweiligen Ertragsverhältnissen ihrer Wirtschaft unbedingt angepaßt werden. Besonders dringlich ist die Sicherstellung der Einfuhr von notwendigen künstlichen Düngemitteln sowie Zuchtvieh, Saatkartoffeln, Sämereien, Maschinen und Ersatzteilen aus dem Reiche.

Unsere Fraktion hat in der Vergangenheit öfters Arbeitsbeschaffungsvorschläge gemacht, die jedoch von der Regierungskommission nicht beachtet wurden. Damit der Arbeitslosigkeit gesteuert werden kann, müssen wir auch heute wieder verlangen, daß wirtschaftlich gerechtfertigte Arbeits-

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4 1

Arbeitsbeschaffungsvorlagen durchgeführt werden. (Notwendige Flußregulierungen, Vergebung von Aufträgen durch die öffentliche Hand, Ausbau und notwendige Erweiterungsarbeiten im Eisenbahnbetriebe, Förderung der Bautätigkeit usw.) Außerdem muß die Regierungskommission sich wirksam bemühen, daß weiterhin keine Gruben mehr stillgelegt werden. Durch die Stillegung der Gruben Dilsburg, Von der Heydt und Hostenbach wurden mehrere Gemeinden an den Rand des Ruins gebracht. Die Fraktion fordert die Regierungskommission auf, sofort Schritte bei der französischen Regierung zu unternehmen, damit mindestens die Grube Amelung (Teilanlage von Von der Heydt) und die Grube Hostenbach wieder in Betrieb genommen werden. Gleichzeitig muß die französische Regierung angegangen werden, daß der Absatz der Saarkohlen in Frankreich bedeutend vergrößert wird. Obschon Frankreich im Jahre 1931 nach neueren Meldungen über 26 Millionen Tonnen ausländische Kohlen (ohne Saarkohlen) bezogen hat, ging der Absatz an Saarkohlen in Frankreich gegenüber 1929 um 1,2 Millionen Tonnen zurück. Diese Tatsache spricht dafür, daß Frankreich in der Lage ist, eine weit größere Menge Saarkohlen in seinem eigenen Wirtschaftsbereich unterzubringen, als es 1931 geschehen ist. Notwendig ist auch, daß die Regierungskommission sich mit Nachdruck dafür einsetzt, daß die im Pachtfelde Karlsbrunn der Grube Saar und Mosel entlassenen saarländischen Bergleute wieder eingestellt werden.

Nichts hat die deutsche Bevölkerung des Saargebietes so sehr bis auf's Blut gereizt als die

Frage der französischen Schule.

Sie ist nur da für die Kinder des französischen Grubenpersonals. Entgegen dem einmütigen Einspruch der Bevölkerung wurde sie der angestammten deutschen Schule völlig gleichgestellt und für alle deutschen Kinder geöffnet. Um diese Schule zu füllen, werden unter Ausnützung der Notlage der Bergleute üble Druck-und Lockmittel angewandt. Unsere öfteren Beschwerden über Bedrückungsfälle fanden bei der Regierungskommission, insbesondere bei dem ausgeschiedenen Minister Veszensky nie die nötige Würdigung und gerechte Untersuchung. Es ist doch geradezu bezeichnend, daß bei den letzten Massenentlassungen im Bergbau die Mitglieder des Saarbundes und Väter von Kindern, die die Domanialschule besuchen, völlig verschont blieben. Um nur ein Beispiel zu nenen

Unter den 200 Bergleuten, die Ende Februar und Ende April auf Grube Hostenbach zur Entlassung kamen, befindet sich kein einziger Saarbündler und Vater von Schülern der Domanialschule. Die Fraktion muß verlangen, daß jedem Bergmann von der Regierungskommission die Freiheit seiner Entschließung gegenüber Saarbund und Domanialschule gewährleistet wird. Sie hofft, daß der neue Kultusminister die Bergleute von dem seelischen und wirtschaftlichen Druck befreien hilft, der heute stärker als je auf ihnen lastet. Eine Besserung in dieser Hinsicht wird sicher eintreten, wenn die französische Schule keinen Staat mehr im Staate bildet, kein "Kräutchen rühr mich nicht an" mehr darstellt für diejenigen, die eine Untersuchung zu leiten haben.

Die Fraktion betont auch heute wieder, daß sie an ihren alten kulturellen Forderungen festhält. Sie verlangt auch endlich energische Maßnahmen gegen Schmutz und Schund. Die heranwachsende Jugend muß vor Sittenverrohung geschützt werden.

Wenn

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4 I

Wenn die Regierungskommission diese unsere Vorschläge ernsthaft prüft und verwirklicht, soll es an unserer ehrlichen Mitarbeit nicht fehlen.

(Bravo-Rufe des Zentrums !)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lorenz !

bg. Lorenz (KPD): Meine Dame und meine Herren! Namens der Kommunistischen Fraktion des Landesrates habe ich folgende

E r k l ä r u n g

abzugeben:

Die Kommunistische Fraktion des Landesrates nimmt in der ersten Sitzung des am 13.März 1932 neugewählten Landesrates erneut die Gelegenheit wahr, von ihrem grundsätzlichen Standpunkt aus, die Arbeiteröffentlichkeit und die werktätigen Massen des Saargebietes und darüber hinaus auf die Frage des Saarproblems aufmerksam zu machen.

Nach den Versailler Friedensbestimmungen ist das Saargebiet bis zum Jahre 1935 ein Mandatsgebiet des Völkerbundes. Der im Auftrage der Signatarmächte durch die von ihm eingesetzte Regierungskommission die Aufbringung der "Wiedergutmachung" Frankreichs und die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zu gewährleisten hat. Die wahren Ursachen des Krieges 1914-1918 liegen nicht bei jenen Schüssen auf den Erzherzog-Thronfolger von Österreich in Serajewo, sondern in dem Konkurrenzkampf der imperialistischen Staaten untereinander. Um die Aufteilung bezw. Neuaufteilung der Welt zur Ausbeutung der Rohstoffquellen und zur Beherrschung des Weltmarktes, sowie zur Erlangung der besten und weitausgedehntesten Absatzmöglichkeiten. Aus diesen nicht zu bestreitenden Tatsachen ergibt sich die Konsequenz, daß die Versailler Friedensvertragsbestimmungen und damit das derzeitige Verhältnis im Saargebiet, nichts anderes sind, als nach 4 Jahre bewaffneter Auseinandersetzung, die vertraglich festgelegten Regelungen der Absatzgebiete und Rohstoffquellen zu Gunsten des "Siegers" und zum Nachteil des "Besiegten", wie es nicht anders nach jedem Kriege der kapitalistischen Staaten untereinander oder eines imperialistischen Krieges war, ist und sein wird.

Frankreichs Hegemonie auf dem europäischen Kontinent ist nach den friedensvertraglichen Bestimmungen gegeben, gesichert und gewährleistet und durch die Stärke des französischen Imperialismus garantiert. Dieses ist die Grundlage seiner führenden Rolle im Völkerbund und die Ursache des verschärften Kampfes der imperialistischen Staaten, insbesondere Europas untereinander.

Eine Krise, die kein kapiatlistisches Industrie- und Agrarland verschont, deren Grundlage eine gewaltige Krise des kapitalistischen Systems ist, gibt dem Kampf um Absatzgebiete und Rohstoffquelle ungeheure Dimensionen, Formen und Methoden, die immer klarer und offensichtlicher der Weltöffentlichkeit zeigen, daß es offensichtlicher Volksbetrug ist, von der Möglichkeit der friedlichen Lösung und Austragung des Kampfes der Kapitalisten untereinander zu sprechen. Nur so und nur unter Voraussetzung dieser Tatsachen ist die Saarfrage zu stellen und zu betrachten.

Frankreich, als der Gendarm des Versailler Systems duldet nicht die geringste Erschütterung desselben, oder Erleichterung der Fesseln, was an Maßnahmen durch den französischen Imperialismus getroffen werden, geschieht nur unter dem Gesichtspunkt der Sicherung des Versailler Systems, der Verteidigung und Aufrechterhaltung der Hegemonie, der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

Steigerung der Profite und Erweiterung der Profitmöglichkeiten für die französische Bourgeoisie und der Regelung der Absatzmöglichkeiten in dem Maße verstärkt, als sie der französische Imperialismus für erforderlich hält, um auch hier kein Gebiet unversucht zu lassen, einen gewaltsamen Ausweg aus der Krise zu finden.

Seit Monaten und Jahren rufen die bürgerlichen Parteien von Nazis bis zur Sozialdemokratie "Zurück zum deutschen Vaterland" im Auftrage der deutschen Bourgeoisie zum Zwecke der national-chauvinistischen Verhetzung, zur Ausnützung der werktätigen Massen, nur ihre Ziele, denn eine Rückgliederung des Saargebietes an Young-Deutschland bringt der werktätigen Bevölkerung keine Befreiung aus der Unterdrückung und Ausbeutung. Zu gleicher Zeit zeigt seit mehr als einem Jahrzehnt den Werktätigen an der Saar die Praxis, daß angefangen bei Röchling bis zu M. Braun, diese Parteien Hand in Hand gehen mit der Regierungskommission, all ihre Maßnahmen gebilligt und unterstützt haben und daß sie wie immer verstärkt auftauchen können, Anektionsbestrebungen Frankreichs aktiv zu unterstützen. Gerade die jüngste Zeit bringt dafür hinlängliche Beweise. Man braucht nur hinzuweisen auf die Unterstützung der Maßnahmen der französischen Grubenverwaltung gegen die Bergarbeiter, auf die Tatsache der Unterstützung bei der Übernahme der Brüning'schen Notverordnung durch die Saarregierung bei der steuerlichen Auspowerung der Gemeinden durch die Regierung und bei den Durchführungen der Verordnungen des Finanzdiktators Morice.

Die Arbeiteröffentlichkeit im Saargebiet und die werktätigen Massen ließen nicht unbeachtet, jene Vorgänge bei dem Aufrollen der Frage der deutsch-österreichischen Zollunion, sowie der weitere Versuch der deutschen Bourgeoisie des Anrennens gegen Versailles, wie sie geschehen ist durch die Drohung Brünings, Deutschlands Zahlungsunfähigkeit in Bezug auf die Reparationslasten zu erklären. Durch die Initiative der Kommunistischen Partei haben die unter dem deutsch-französischen Doppeljoch schmachtenden, über die Kapitulation der deutschen Bourgeoisie in der Außenpolitik vor dem französischen Imperialismus endlich Klarheit erhalten. Daraus erkennen die Massen, daß die deutsche Bourgeoisie und ihre Lakaien, sie ebensowenig von den Young-und Tributlasten befreien werden, wie die sie "befreien" von der Lohnsklaverei der politischen Entrechtung und Unterdrückung. Die bürgerlichen Parteien, von den Nazis bis zur SPD haben den Militärgewaltigen 1919 und dem Regierungspräsidenten v. Rault bis Wilton ihre Verehrungen, Unterwürfigkeit und Hilfsbereitschaft immer wieder bewiesen und best ätigt. Sie haben es bei dem neuesten Wechsel in der Saar-Regierung von Wilton bis Knox erneut dokumentiert im Einverständnis mit ihrer Hilfsbereitschaft nur der verstärkten Faschisierung der Herrschaftsformen und Methoden der Völkerbundsregierung im Auftrage des französischen Imperialismus gegeben. Zu dem jedem Schurkenstreich bereit, arbeitet die deutsche und französische Bourgeoisie auf das engste zusammen, unterstützt von den Handlangern des Kapitalisten Röchling. Röchling liefert dem französischen Imperialismus für seinen Raubzug gemeinsam mit den japanischen Kriegstreibern im fernen Osten Kriegsmaterial. Der französische Staat erklärt sich dafür bereit, Röchling-Saargruben zur Ausbeutung abzutreten bezw. ihn mit Gewinnbeteiligung an einem internationalen Ausbeutungskonsortium teilnehmen zu lassen. Die Herren Gewerkschaftsbeamten christlichen und reformistischer Richtung sind als treue Statthalter mit von der Partie, wie es unbestreitbar die Vorzüge

anläßlich

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 1

anläßlich der beabsichtigten Stillegung der Grube Hostenbach sich gezeigt hat.

Die Kommunistische Partei Deutschlands bringt in ihrer Programmerklärung feierlich und vor aller Welt zum Ausdruck:

..... die Kommunistische Partei fordert, daß sofort und ohne jegliche Bedingung Schluß gemacht wird mit dem Völkerbundsregime im Saargebiet, daß das Saargebiet zurückgegliedert wird an Deutschland. Die Rückkehr zum bürgerlich faschistischen Young-Deutschland bedeutet nicht die Befreiung der werktätigen Massen des Saargebietes. Die nationale und soziale Befreiung des werktätigen Volkes kann nicht durch die verlogenen demagogischen nationalen Phrasen der Nationalsozialisten erreicht werden, nicht durch die Berufung auf den Völkerbund, wie das die SPD und die anderen Parteien predigen, sondern im schärften Kampf Seite an Seite mit dem gesamten revolutionären Proletariat Deutschlands gegen die eigenen und fremden Ausbeuter und Unterdrücker bis zum Sturz der Kapitalisten und Errichtung eines Sowjet-Deutschlands. Als einzige Partei führt die KPD diesen Kampf um die Befreiung des werktätigen Volkes des Saargebietes und ganz Deutschlands von dem Doppeljoch, gestützt auch auf die Macht des siegreichen Proletariats in der Sowjet-Union, das in heroischen Anstrengungen das gigantische Werk des sozialistischen Aufbaues zu Ende führt. Die Kommunistische Partei führt diesen Befreiungskampf auch gestützt auf das revolutionäre Proletariat Frankreichs, das nicht Nutznießer der Milliarden ist, die für das französische imperialistische Kapital aus den werktätigen Massen Deutschlands und des Saargebietes mit Hilfe der Bourgeoisie und ihrer Lakaien von den Nazis bis zu den Sozialfaschisten herausgepreßt werden."Programmatisch erklärt die KPD in ihrer Programmerklärung dann weiter:

".....das siegreiche Proletariat Deutschlands und des Saargebietes wird sowohl die in Besitz des französischen Staates befindlichen Saargruben als auch die Hütten und Fabriken der deutschen Unternehmer und die von den internationalen Aktionären beherrschten, entschädigungslos enteignen und sie ihren rechtmäßigen Besitzern, den werktätigen Massen zuführen. Der "raffende" sowie der "schaffende"Röchling,ob französische oder deutsche Bank, sie werden von uns schonungslos proletarisch nationalisiert."

Die Kommunistische Landesratsfraktion wird im Auftrag der Kommunistischen Partei überall und bei jeder Gelegenheit entschieden und konsequent alle Interessen der Arbeiter und der werktätigen Massen im Saargebiet vertreten. Sie wird im Auftrage ihrer 84 000 Wähler mit aller Schonungslosigkeit von der Tribüne des Landesrates und bei jeder Gelegenheit die Verräterrolle der bürgerlichen Parteien einschl. der SPD entlarven und anprangern. Sie wird, wie das für die Fraktion der einzig revolutionären Arbeiterpartei nur sein kann, kein Mittel unversucht lassen, der tiefschürfendsten Massenmobilisation zur Herstellung der Verbindung ihrer parlamentarischen Arbeit mit außerparlamentarischen Aktionen. Die Kommunistische Landesratsfraktion bekämpft mit aller Entschiedenheit jegliche Illusionspolitik. Sie lehnt deshalb klar und konsequent jedwede Konzessions-und Koalitionspolitik ab. Ihre Losungen sind klar und stehen auf revolutionärer Grundlage, sind geboren aus der Notwendigkeit des bewußten und zielklaren revolutionären Kampfes um die Befreiung der Unterdrückten und Ausgebeuteten.

Nieder

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Nieder mit dem Ausbeutungsregime des Völkerbundes und der Ausbeutung durch den fremden französischen und den eigenen deutschen Imperialismus im Saargebiet.

Anschluß des Saargebietes an Deutschland, gemeinsamer Kampf des gesamten deutschen Proletariats gegen das Doppeljoch der Ausbeutung durch das eigene und ausländische Kapital.

Brüderliche Solidarität zur revolutionären Verteidigung der Sowjet-Union gegen die gemeinsamen kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker.

Nieder mit den Lakaien der deutschen und ausländischen imperialistischen Bourgeoisie, dem Sozialfaschismus und dem Nationalfaschismus.

Es lebe der revolutionäre Befreiungskampf! Es lebe Sowjet-Deutschland !

Meine Dame und meine Herren! Die Kommunistische Landesratsfraktion hält es an Stelle einer besonderen Erklärung für notwendiger und wichtiger zur Generaldebatte in dieser ersten Sitzung des Landesrates zu allen stehenden Problemen Stellung zua nehmen. 84 000 Wähler haben am 13.März zum Zeichen eines wuchtigen Massenbekenntnisses zum revolutionären Ausweg aus Not, Hunger und Elend, zum Bekenntnis für den Kommunismus, der Kommunistischen Partei auf deren Liste wir kandidierten, ihre Stimme gegeben. 84 000 aus allen Schichten der werktätigen Masse, denen wir weder vor noch in der Wahlkampagne und die sich selbst keinerlei Illusionen machen über die Rolle dieser Maulkorbkammer,zu deren Wahl der gewesene Regierungspräsident Wilton, "zur Erfüllung ihrer Staatsbürgerpflicht" die Wahlberechtigten des Saargebietes zum 13.März aufgerufen hatte. Mit aller Klarheit wird durch die Rolle dieses Parlaments vor den Augen der Öffentlichkeit insbes. der werktätigen Masse gezeigt, wie es den Machtbefugnissen einer Hand voll Menschen in unserem konkreten Falle einer Fremdherrschaft, anheim gegeben ist, nach ihrem Gutdünken zu entscheiden, wie und inwieweit die " staatsbürgerlichen Rechte" der Unterdrückten und Ausgebeuteten ignoriert werden, daß sie nur so weit und in sofern der "Demokratie" teilhaftig werden als es der Profit und die kapitalistische "Gottgewollte Unordnung"für geeignet hält. Wir Kommunisten haben noch nie und nirgends unsere Hand dazu hergegeben in der Arbeiterklasse und unter den werktätigen Massen irgendwelche parlamentarische Illusionen zu erwecken. Wir haben es und werden es heute und morgen nicht anders machen von unserem prinzipiellen Standpunkt aus, als offensichtlicher und absichtlicher Betrug an den werktätigen Massen hingestellt wenn man, wie beispielsweise die Sozialdemokratie es noch bei den letzten Landesratswahlen gemacht hat, in Wort und Schrift den Hungrigen und Darbenden plausibel zu machen versucht als würde ihr Kampf gegen die Reichen und Satten und ihre Schleppenträger im Parlament mit dem Stimmzettel in der Hand entschieden. Klasse gegen Klasse für die Armen gegen die Reichen, so stand und steht die Losung unseres Kampfes. Auf dieser Grundlage haben wir, d.h. die Kommunistische Partei 84 000 wahlberechtigte Männer und Frauen an die Wahlurne geführt und damit ganz unzweideutig dokumentiert, daß die KPD auch Führerin sein will und wird, wo die Entscheidungsschlacht und entscheidende Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie geschlagen wird und geführt werden d.h. im Betrieb, an der Stempelstelle, in dem Kontor, durch

Landarmut

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

durch die Landarmut und den verelendend Mittelstand und auch dann, wenn dieser momentan herrschenden kapitalistischen Anarchie und Unordnung der endgültige Todesstoß versetzt wird.

Meine Dame und Herren! Es ist notwendig, die Frage aufzurollen, wer hier in diesem hohen Hause fehlt. Wir stellen an den Vertreter der Regierung, den Herrn Staatskommissar, die Frage, wo ist der Herr Präsident, wo ist der Herr Minister Koßmann, wo ist der Finanzdiktator Morice und wo ist der neu aus der Tschechei importierte Kultusminister. Diese Frage ist nicht einfach damit beantwortet, wenn man sagt, sie drücken sich vor der Verantwortung, nein, es ist weitmehr, der von Ihnen Ihr Herren der Rechten anerkannte,unterzeichnete und immer verteidigte Versailler Friedensvertrag hat diese kolonialen Charakterb tragenden Zustände im Saargebiet herbei geführt, sie von den Nazis bis zu dem „Völkerbundsdelegierten" wie er sich selber ausgibt, Matz Braun." Wollten,könnten und dürften sie die Dinge im wahren Lichte zeigen, dann müßte helle Empörung in diesem Hause herrschen. Sie behaupten von sich, vom deutschen Volk an der Saar gewählt zu sein, dann doch wohl nur unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, denn ihre Tätigkeit bisher und auch fürderhin, sowie in diesem neugewählten Landesrat trägt doch den ganz klaren Charakter der Arbeit von Fronvögte zur Auslieferung der Sklaven an die Kolonialgewalt bei uns hier an die Gewalthaber des Mandatsgebietes, den Völkerbund. Diese Tatsache allein beweißt schon hinreichend wie "national" die Herren von der Harzburger Front sind, deren Geburtsstunde ja bekanntlich im"Rheinischen Hof" in Saarbrücken kurz vor den Wahlen geschlagen hat. Das Zentrum ist dabei nicht ausgenommen und ebenso die "eiserne Front",deren Führer sich ja bekanntlich mit jedem und mit allen verbinden, um zum Überfluß immer wieder erneut zu dokumentieren, daß der wissenschaftliche Begründer des Sozialismus,Karl Marx, diese Leute damit meinte, wenn es in seinem Manifest von Salonsozialisten sprach.

Meine Dame und meine Herren! Die Tatsache, daß dieses Parlament nur begutachtendes Recht hat, müßte für jeden Abgeordneten gleichkommen einer offensichtlichen Brüskierung insbesondere der ihn hierher gesandten Wähler, wäre es nicht so, daß für die bürgerlichen Parteien einschl. der SPD nicht das Entscheidende ist, ob wir Begutachtungs-oder Entscheidungsrecht haben, sondern für sie ist, nehmen wir als Beispiel Herrn Röchling, entscheident, ob sie Gewinnmöglichkeiten haben und ob sie ihren Profit steigern können. Hilft ihm die Regierungskommission, ein Engländer, ein Tscheche und ein Saarländer, die Völklinger Metallproleten niederhalten und er macht dabei Millionen und abermals Millionen Franken Gewinn, dann hängt er sich die schwarz-weißrote Fahne um und schwört tausend Eide, daß die Fremdherrschaft im Saargebiet die einzig und allein berechtigte Regierung ist. Nicht anders verhält es sich mit den Parteien der sogenannten Weimarer Verfassung, die ja bekanntlich der deutschen Bourgeoisie als Grundlage zur offenen faschistischen Diktatur gilt. Wenn SPD., Zentrum usw. im übrigen Reich für die zeitweise Ausschaltung des Reichstages sind, so ist ihre Zustimmung zu dieser unserer Begutachtungskammer nichts anderes als die Logik und Konsequenz, denn sie sind als die Vertreterinnen des heutigen Systems nur für die "Demokratie", die ihren Ausdruck findet in der Diktatur des Finanzkapitals.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4

27

Was die Nationalsozialisten betrifft, so zeigt ja jenes Bocksheimer Dokument und jene zur traurigen Berühmtheit gelangte Broschüre von Theodor Mann und die "Rolle" von Frick in Thüringen und Klagges in Braunschweig, daß nur der noch ein Recht zum Leben haben soll, der ein "Herrenmensch" und "rassenrein" ist und den Befehlen des Soldknechtes des internationalen Finanzkapitals, Alois Schickelhuber, genannt Adolf Hitler, blindlings Folge leistet. Wir, die Fraktion der Kommunistischen Partei stellen das Problem des Begutachtungs-oder Entscheidungsrechtes nicht deshalb, weil wir daran irgendwelche Illusionen knüpfen oder gar glauben, es wäre dann mehr für die werktätigen Massen zu erreichen, sondern vor allem deshalb, um die bereits erwähnte Charakteristik immer wieder von der Tribüne aus vor der breitesten Öffentlichkeit aufzurollen und bei den werktätigen Massen vollständige Klarheit zu schaffen.

Seit mehr als einem Jahr zehnt haben wir, nach den getroffenen Vereinbarungen von Versailles, den praktischen Anschauungsunterricht, wie nach einer vier Jahre langen bewaffneten Auseinandersetzung "Sieger" und "Besiegte" die Neuaufteilung der Welt vorgenommen haben. Die Kommunistische Partei und ihre Führerin, die Kommunistische Internationale, haben von der ersten Stunde des Bestehens dieses Friedensdiktats seine wahre Rolle dadurch charakterisiert, daß sie behaupteten und nachwiesen, dieses ist kein Vertrag zur Sicherung des Friedens, sondern in allen seinen Bestandteilen auf höhere Stufe eine neue Ursache zu einem noch größeren und gewaltigeren Weltgemetzel, wie es noch nie anders war und auch nie anders sein wird, denn, solange und insofern Profithyänen Millionenverdiener, Volksausplünderer und ihre Lakaien sogenannte Friedensverträge abschließen und tätigen. Als Beweis der Richtigkeit unserer Problemstellung sehen wir heute jene kriegerischen Vorgänge im fernen Osten. Wir erachten es als unsere vornehmste und wichtigste Aufgabe, das Augenmerk der werktätigen Masse an der Saar auf jenes furchtbare blutige Ereignis im fernen Osten hinzulenken, dieses umsomehr, da sich in diesem Auditorium einer der Kriegshetzer aus forderster Reihe befindet. Ich denke dabei an den Schwereisenindustriellen und Bankfürsten Hermann Röchling. Wie uns von glaubwürdiger Seite die Mitteilung zu geht, und wie uns ein überbrachter Lieferzettel von einem Eisenbahnwaggon beweist, gehen seit Wochen von der Völklinger Hütte täglich Lieferungen ab direkt nach dem fernen Osten, auch an die deutsche Exportgesellschaft Schlenker & Co., und von da nach dem fernen Osten sowie 12,5 Centimeter Stahlrohre nach französischen Munitionswerken. Wenn in diesem Zusammenhang noch andere Betriebe genannt werden können wie die Dillinger Hütte, die Kokerei Heinitz, die Kriegsmaterial liefern, so ergibt sich daraus die erhöhte Pflicht, für unsere revolutionäre Partei zum aktiven Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die imperialistischen Kriegshetzer, die werktätigen Massen aufzurufen. Der "Nordamerikanische Reviver" ein Organ der Kriegsgewinnler schrieb unlängst von dem kommenden Weltkrieg und bemerkte: er muß blutiger werden als der letzte, er muß mehr Opfer kosten, er muß länger dauern und teurer werden. Daran kann man ermessen, daß es den Massenmördern aller Nationen mit den Millionen Tote, den Millionen Kriegsbeschädigte, den Milliarden Tribut und Reparationslasten und Kriegsschulden die nur auf die Kosten der werktätigen Massen gingen und

gehen

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 44 A4

gehen,noch nicht genug ist, noch schwerere Opfer sollen die Unterdrückten bringen. Zynisch und offen sagt der Artikelschreiber in oben zitierter Zeitschrift, entweder Massenmord durch den Krieg oder Massensterben durch Hunger, denn er schreibt, entweder wir bekommen einen Krieg oder wir kehren zurück zur Menschenfresserei. Wir sagen von dieser Stelle aus Krieg und Massenmord, Massensterben durch Hunger, das sind zwei Mittel, die ein System gleichsam anwendet um des Profites willen mit Gewalt einen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise zu erzwingen. Die 2.Internationale, deren Vertreter wir ja auch 3 Mann hoch in diesem Hause hier sitzen haben und die ja auch hier im Saargebiet regierungsfähig sind, bezeichnet durch einen ihrer führenden Funktionäre, Paul Boncour, auf der Genfer Abrüstungskonferenz den kriegerischen Konflikt im fernen Osten "als ein Mißverständnis". Wir brandmarken dies, denn der Zweck,den diese Leute durch solche Fragenstellung erreichen wollen, ist hinter pazivistischen Benebelungsversuchen der Bourgeoisie das blutige Kriegshandwerk zu erleichtern. Die Kommunistische Fraktion erachtet es als das ernsteste Gebot der Stunde,nachdrücklichst darauf hinzuweisen, daß der Konflikt im fernen Osten weder ein "Mißverständnis" ist noch eine Sache, die nur Japan und China interessiert,sondern es ist eine bewaffnete Auseinandersetzung der imperialistischen Staaten untereinander um die Aufteilung Chinas. Es ist noch weit mehr, es ist der Beginn des Kampfes um eine zweite Neuaufteilung der Welt und wie es der militärstrategische Aufmarschplan Japans, ausgearbeitet von dem Japaner Thanakan, sowie jene Schüsse in den Straßen von Moskau auf den deutschen Botschaftsrat Terardowski, die Kriegslügenmeldung gegen die USSR, wie sie in der schauerlichen Gestalt von der russisch-rumänischen Grenze am Dnjester gebracht werden, zeigen, daß die Imperialisten mit allem Nachdruck den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion vorbereiten und kein Mittel unversucht lassen,um die Möglichkeit des Losschlagenkönnen zu bekommen. Diese Gefahr erkennend ruft die Kommunistische Partei den werktätigen Massen zu, äußerste Wachsamkeit insbesondere ihren 84 000 Wählern. Jeder einzelne hat die Pflicht und wird sie auch erfüllen im mobilisieren und organisieren des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Auch hier in dieser Frage wird die Kommunistische Landesratsfraktion im Auftrage der KPD alle Kräfte anspannen, um jede Illusion auf Völkerbund und Abrüstungskonferenz zu zerstören. Irreführend Verrat und Betrug kennzeichnend ist die Theorie, der Völkerbund hätte auch bei dem jüngsten kriegerischen Konflikt versagt. Der Völkerbund konnte und hat deswegen nicht versagt, weil seine Rolle nie war, nicht ist und nie sein wird, Frieden zu stiften, den Frieden zu sichern oder gar den Frieden zu vrteidigen. Er ist der Bund imperialistischer Staaten mit ihren imperialistischen Zielen und hat die Rolle, Mitorganisator der Raubzüge zu sein für dien Erfüllung imperialistischer Pläne. Auf der Genfer Abrüstungskonferenz wurde durch das klare konsequente Auftreten Sowjetrußlands durch ihren Vertreter Litwinow die Hohlheit und Phrasenhaftigkeit des Friedensgeschreies der Kapitalisten und ihrer Lakaien in ihrer ganzen Größe aufgerissen. Sowjetrußland machte sowohl Vorschläge für die sofortige und vollständige Abrüstung als auch Vorschläge zu einer sofort beginnenden Teilabrüstung. Die auf dieser Konferenz vertretenen imperialistischen Staaten sind

noch

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 44

A4

noch nicht einmal bereit, ihre Aufrüstungen einzustellen, geschweige denn abzurüsten. Der ganze Sinn und Zweck besteht darin, austauschen zu können alle Erfahrungen der Modernisierung und Technisierung der Kriegswaffe gegenseitig studieren zu können und ein weiterer Schritt zur Beschaffung und Sicherung des notwendigen Kriegsmaterials zur Führung des Interventionskrieges gegen die USSR. Wir Kommunisten sind auch nicht Anhänger der Theorie "Nie wieder Krieg" oder gar der "Kriegsdienstverweigerung". Wir sagen Krieg dem imperialistischen Krieg. Dazu müssen die werktätigen Massen Waffen haben. Wir rufen deshalb nicht, legt die Waffen nieder, sondern wir sagen, Arbeiter, nimm dir sie, wenn man sie dir gibt und führe den Krieg nicht gegen deine Klassengenossen in einem anderen Lande, sondern gegen die Ursache aller Kriege, den Kapitalismus, den Krieg der Hungrigen gegen die Satten, den Krieg der Armen gegen die Reichen.

Wir Kommunisten sagen den Werktätigen in Stadt und Land, Kampf gegen den imperialistischen Krieg heißt, Kampf um Arbeit, Brot, Freiheit und Land. Wir rufen den Kriegstreibern und Kriegshetzern zu, Hände weg von China, Hände weg von Sowjet-Rußland. In der täglichen Interessenvertretung der werktätigen Masse im Betrieb, Stempelstelle, auf dem Land, und überall, wo Menschen wohnen, wo sie ausgebeutet und unterdrückt werden, werden wir Kommunisten uns das Vertrauen der Massen erringen, um mit diesen Millionen in die Tat umzusetzen, was heute noch unsere Agitationslosung ist. Arbeiter, Bauer, werktätiger Mittelstand, unterstützt den Volkskrieg in China, verteidigt die Sowjetunion, das Vaterland aller Werktätigen der Welt.

Im engsten Zusammenhang mit all den bereits aufgezeigten Dingen geht all das, was wir in diesem "Völkerbundsparadies" an unserem Auge vorüber ziehen sehen. Wir erinnern daran, als vor Jahren der Regierungspräsident Rault im Saargebiet einzog, wie sich die gesamte bürgerliche Presse bemühte, der Saarbevölkerung den Nachweis zu bringen, "welch soziales Jahr" zu kommen sich anschickt. Der Betrug wiederholte sich als der jüngstvergangene Präsident Wilton einzog. Jedoch für uns und für einen größeren Teil der Saararbeiter besteht längst darüber kein Zweifel mehr, daß die Entwicklung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und der Werktätigen nicht davon abhängig ist, von wem ein Regierungspräsidentenposten besetzt ist, sondern vor allem von der Lage des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, und daß die sozialen Verschlechterungen in der Tatsache begründet liegen, daß die Bourgeoisie nur dann und nur dort produzieren läßt, wo Profitmöglichkeiten sind mit der Maßgabe, der ständig möglichen Erhöhung derselben. Wer aufmerksam die Theorie der bürgerlichen Nationalökonomen verfolgte, kann und muß heute die Tatsache des Bankerotts ihrer Theorien nachdrücklichst unterstreichen. Nicht besser ging es den Wirtschaftstheoretikern der 2. Internationale insbesondere der SPD.. Die Größen der ersteren und der letzteren hier im Saargebiet stehen nicht anders da. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Prosperitätstheorie, die besondere "Blüte" trieb in Amerika und die uns hier als besonders erstrebenswertes Zukunftsbild direkt von Dollarien importiert wurde. Nicht unerwähnt kann bleiben, die auch so viel gerühmte Prosperität Frankreichs. War es doch so, daß man heute noch in allen bürgerlichen Zeitungen davon schwafelte und am andern Tage schon den Zusammenbruch irgendeiner Kommandohöhe der kapitalistischen Wirtschaft zu verkünden, gezwungen war.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Was die Entwicklung im Saargebiet betraf, so erlebten wir nichts anderes. Noch 1927, als bereits die Saarbergproleten im Kampf gegen die Rationalisierung zu zehntausenden nach Saarbrücken marschiert waren, wo bereits die Perspektive der Entwicklung für jeden, der sehen wollte, ganz offensichtlich vor uns lag. Was wurden da nicht allerhand Anstrengungen gemacht, um den Nachweis zu erbringen, daß die Auswirkungen der Rationalisierung und die kommende Krise an den Grenzen des Saargebietes halt machen würden. Man kann nicht sagen, daß die Leute, die damals die Theorie aufstellten, heute dastehen würden, wie die "betrübten Lohgerber", das hätte zur Voraussetzung, daß sie die Entwicklung, wie wir sie bisjetzt in der Tat nicht gesehen hätten. Was festgehalten werden muß, ist, daß diese Leute die Entwicklung zwar sahen, sich darüber klar waren, deshalb aber nur die Prosperitätstheorie vertraten, um die werktätigen Massen besser einlullen zu können, sie vom Kampfe abzuhalten und den Nachweis zu liefern versuchten, daß die Theorie der Kommunisten von der Zerfallsepoche des Kapitalismus falsch wäre. Wie schon gesagt, die Tatsachen der Entwicklung zerrissen das Netz der Lüge und des Betrugs, die Weltwirtschaftskrise, die keine einfache zyklische Krise ist, sondern eine Krise auf der Grundlage einer allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems mit ihren Auswirkungen auf das Saargebiet, die Not, der Hunger, das Elend, all das sind alles andere als Beweise der Prosperität, alles andere, nur keine Beweise, daß die Millionen Arbeitslose in dieser Gesellschaftsordnung noch einmal wieder Arbeitsmöglichkei bekommen werden. Ese liegen vor aller Augen Beweise genügend vor,daß die tiefste Tiefe der Krise noch nicht erreicht ist, daß die Kurve immer weiter nach unten geht, daß es eine Verschleierung des tatsächlichen Sachverhaltes ist. Das Proletariat und die werktätigen Massen stehen vor der weltgeschichtlichen bedeutungsvollen Entscheidungsfrage, mit der Bourgeoisie und ihrem Auswegsuchen auf Kosten der Millionen geknechteten und entrechteten, oder unter Führung der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale für den revolutionären Ausweg auf Kosten der Reichen, der Satten, der Industriekönige, der Bankfürsten, der Großagrarier, der Großverdiener, Schmarotzer und Nichtstuer.

Wie ist die derzeitige Lage im Saargebiet ?

Wir möchten zuvor doch noch einmal betonen, hier in diesem Hause fehlt die Regierungsbank.Vor dem proletarischen Tribünenbesucher müßten hier sitzen, die Herren Knox,Koßmann und Morice, die Herren Ministerialdirektoren und -Räte, auch solche Herren wie der Ministerialdirektor Valentin Schäfer sollten nicht fehlen, damit ihnen die Verachtung, die Empörung der Notleidenden an der Saar von dieser Stelle aus direkt u ins Gesicht geschleudert werden könnte. Wir wissen, daß diese Herren sich ein Teufel darum scheren, wir setzen deshalb gleich dabei das Proletariat, die Werktätigen, werden ihnen eines Tages die Rechnung präsentieren, eine Quittung ausstellen für ihr Schuldkonto, sowie es die Arbeiter und Bauern vor mehr als einem Jahrzehnt mit den vorrevolutionären Machthabern in Rußland getan haben.

Ich komme dann zur

derzeitigen Lage im Saarbergbau

und werde mich auf das Wichtigste beschränken, da unser Fraktionsmitglied

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Fraktionsmitglied Frisch als aktiver Bergmann von dieser Stelle aus über die Ausbeutungsmethoden der französischen Grubenverwaltung unterstützt von treudeutschen Beamten, berichten kann.

Das statistische Material der Regierungskommission meldet 999 Kilogramm Kopfleistung. Im Jahre 1913 betrug die Leistung pro Kopf 813 Kilogramm. Für die französische Grubenverwaltung bedeutet die erstere Zahl eine Milliarde und zweihunderttausend Franken Reingewinn, für die Regierungskommission die Möglichkeit der Berichterstattung an den Völkerbund, die Durchführung der Versailler Friedensvertragsbestimmungen ist im Saargebiet gewährleistet. Für die Bergarbeiter bedeutet das, daß mehr als 20 000 auf der Straße liegen; es reihen sich Feierschicht an Feierschicht, Gedingereduzierung, Lohnabbau, ein Straf-Murks-und Ausbeutungssystem, das wie in Maybach und Calmelett die Proleten durch Massenmord auf dem Schlachtfeld der Arbeit dahinstreckt. Es würde nicht unserem konsequent-revolutionären Standpunkt entsprechen, wollte ich hier sagen, die Toten, die Unfallverletzten und die Krüppel "mahnen sie", sie kennen die Zustände, sie wissen davon, sie wollen sie nicht abstellen, weil sie nicht können. Der Profit ist ihnen heiliger als Menschenleben , den Kindern stehlen sie das Brot indem sie ihnen den Ernährer gemordet haben, die, denen die von ihnen verteidigte Gesellschaftsordnung nicht mehr imstande ist, Arbeit und Brot zu geben, die die täglich von ihnen und mit ihrer Hilfe bis zum Weißbluten angetrieben und ausgebeutet werden, die haben ihre Peiniger und ihre treuen Diener vor der Geschichte bereits auf die Anklagebank gesetzt. Das Urteil wird, weil von einer Mehrheit über eine Minderheit gerichtet wird, hart aber gerecht sein. Nicht genug mit den bereits erwähnten Hungermaßnahmen der Bergwerksdirektion dazu kommen noch eine ganze Reihe maßlose, rigorose Ausplünderungen, nehmen wir als Beispiel den Lohnzettel irgend eines Bergarbeiters, gleichviel von welcher Zeche, so zeigt sich, daß er bei jeder Hauptlohnung einen größeren Prozentsatz Lohnabbau dadurch zu verzeichnen hat, daß man ihn für alles und für jede x-beliebige Geschichte in einem unverschämten Maße straft. Es sei erinnert an die Vorgänge vor etwa Jahresfrist auf dem"Bertramsschacht" bei Schiffweiler, wo das Strafsystem eine solche Blüte erreicht hatte, daß Monat für Monat fast sämtliche Belegschaftsmitglieder davon betroffen waren. Man sagt, das Strafgeld fließt doch in die Grubenunterstützungskasse und kommt den in Not geratenen Bergarbeitern "wieder zu gute" d.h. also, wenn die Bergwerksdirektion den Bergkumpels den Lohn raubt, Feierschichten einlegt, das Gedinge reduziert, dann verhängt man ungeheure Strafen gegen die Bergproleten, um mit ihrem Geld die durch die Schuld der Bergwerksdirektion in Not geratene zu unterstützen. Ein typisches Beispiel, mit welch raffinierten Methoden es die Ausbeutergesellschaft versteht, den Kumpel immer wieder mit seinem eigenen Fett zu schmieren. Zehntausende werden auf die Straße geworfen, doch nur im Interesse des Profits der Grubenverwaltung. Durch die durchgeführte Verringerung der Belegschaft verringert sich, wenn nicht eine dauernde Steigerung der Beitragsleistung durchgeführt wird, die Einnahme der Pensions- und Knappschaftskasse. Die Saarknappschaft gerät wie alle anderen derartigen Einrichtungen in finanzielle Schwierigkeiten und wer muß erneut die Lasten tragen, der Arbeiter. Denen, die man hinausgeworfen hat, die jahrelang ihre Beiträge bezahlt haben, gibt man überhaupt

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

nichts mehr, will einer in Pension gehen, dann wird ihm das auf die raffinierteste Weise unmöglich gemacht. Denen, die bereits in Pension sind, raubt man die Pensionsbezüge und denen, die noch im Betrieb sind, gibt man Beitragserhöhung, und sind sie ein Opfer des Murkssystems geworden, sind sie zum Krüppel geschlagen, dann sieht die Leistung der Saarknappschaft so aus, daß man knapp die Arbeitsmöglichkeit des Kumpels herstellt, von der Wiederherstellung der vollen Arbeitsfähigkeit oder der wirklichen Gesundheit kann gar keine Rede sein. So drückt man systematisch und planmäßig das Durchschnittslebensalter des Bergproleten herab, so wird das Leben in den Bergarbeiterfamilien nur noch ein Dahinvegetieren. Man hat eine richtige Charakterisierung getroffen, wenn man behauptet und sagt, das, was sich uns heute vor unseren Augen abspielt, sind Zustände, die von denen des Zeitalters der Barbarei nicht mehr allzuweit entfernt sind. Zu all dem kommt das gegen die Bergarbeiter angewandte Druckmittel durch die von der Bergwerksdirektion hochgezüchtete Sumpfpflanze, der Saarbund". Es sei von dieser Stelle aus gesagt, wir verachten und bekämpfen nicht den Proleten,der in seiner Not, in der Verzweiflung, im Kampf um die Existenz seiner Familie dem Druck der Bergwerksdirektion unterliegt, wir bekämpfen vor allem und in erster Linie das System, das solche Methoden notwendig hat, um sich an der Macht zu halten, solche Methoden anwendet, um den Profit zu steigern. Und wen wir noch bekämpfen, das sind diejenigen, die den Namen Schwarz oder Kuhnen tragen, die reformistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie, die durch ihre "Stillhaltepolitik", die sie dem Bergarbeiter immer empfahl, die durch ihren Kuhhandel und durch ihr vieles Reisen nach Paris, die durch ihren Verrat, alle Voraussetzungen schufe einer solchen Sumpfpflanze wie dem Saarbund günstigen Nährboden zu geben, und aus deren Reihen -ich erinnere an Krämer und Becker - dem Saarbund die Führer erstanden sind.

Indem wir als Kommunisten und revolutionäre Gewerkschaft-Opposition die Betrugsmanöver und Verrätereien der Reformisten und Christen vor dem breitesten Forum der Arbeiter entlarven, die Schurkenstreiche der Bergwerksdirektion vor den Bergkumpels als das zeigen, was sie sind, dem Proletariat unsere Bruderhand reichen zum revolutionären Kampfbündnis aller ohne Unterschied der weltanschaulichen Einstellung und der Parteizugehörigkeit, alle die in der kämpfenden roten Einheitsfront sammeln, werden wir auch wirklich und in allem Ernst diese Sumpfpflanze der Bergwerksdirektion bekämpfen.

Eine weitere Frage, zu der es notwendig ist,von dieser Stelle aus einige Worte zu sagen, ist die Frage der Domanialschule. Uns wundert nicht, daß diese Schulen die beste Unterstützung durch die Regierungskommission erfährt, denn wir wissen und haben es auch immer gesagt, daß es die Hauptaufgabe der Regierungskommission ist, die Ausbeutung der Saargruben durch den französischen Staat zu sichern, daß es mit zu ihrem Aufgabengebiet gehört, die Annektionsbestrebungen Frankreichs zu fördern,und daß sie deswegen auch für alle Formen und Methoden der Bergwerksdirektion ist, die zur Ausbeutung der Saargruben notwendig sind und dazu gehören auch die Domanialschulen. So wie die Volksschulen im bürgerlichen Staat Institutionen sind zur Erziehung des Kindes im Sinne der "Heiligkeit" des Privateigentums und der Aufrechterhaltung der Ausbeutung der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4

Menschen durch den Menschen und der Lohnsklaverei, so ist das ganz selbstverständlich, daß die französische Domanialschule keinen anderen Zweck hat. Was bei ihr hinzu kommt, ist, daß sie die ideologische Beeinflussung der Kinder und ihre Erziehung in der Richtung durchführt, daß man den Nachweis zu erbringen versucht, wie "Gott wohlgefällig" die imperialistischen Expensionsgelüste und die imperialistischen Raubzüge sind. Wir stellen die Frage: wer hat der französischen Domanialschule Tür und Tor geöffnet und wir geben die Antwort darauf, um Sie, vor allem das Zentrum, anzuklagen, denn ihre stockreaktionären Schulgesetze in jeder Hinsicht, die von ihnen geduldete Faschisierung der Volksschule trägt mit dazu bei, ist ein wichtiger Hebel, daß die Arbeiter solche Wege gehen, ihre Kinder in die französische Schule schicken und leider den Zuckerbrotmethoden der Bergwerksdirektion zum Opfer fallen. Wir kennen auch jene niederträchtige Methode der Versuche in der Landeszeitung usw.uns als die„Förderer der Domanialschule" hinzustellen. Es ist eine bei ihnen übliche Methode des "haltet den Dieb". Sie bewilligen der Regierungskommission die Mittel für solche und ähnliche Dinge, Sie geben Ihre Zustimmung zu den Mitteln des Klerus, damit die deutschen Stellvertreter Gottes einmal den "deutschen Gott" anrufen, für die Rückgliederung des Saargebietes an das Reich,und um ein anderes Mal in der französischen Schule "dem französischen Gott" zu danken für die Mithilfe bei der Aufrechterhaltung der Ausbeutung der Saargruben durch den französischen Imperialismus; desweiteren ist die Frage zu stellen, sind es nicht gerade die bürgerlichen Parteien einschließlich der S.P.D. und die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbeamten, die durch ihre Politik, die gewaltige Profitmöglichkeit geben und dadurch die Gelder beschaffen, wie sie zu tausenden hinausgeworfen werden um solche Dinge, wie die französische Domanialschule zu bewerkstelligen. Jetzt neuerdings raubt die Regierungskommission durch ihren Finanzdiktator Morice den Kommunen jede Möglichkeit der Beihilfe zu Lehr-und Lernmitteln in den Volksschulen. Gemeinden, wie Dudweiler usw., sammeln alte Bücher von entlassenen und weiter versetzten Jahrgängen. Dann spielen sie draußen betrügerisch den "Empörten" , mimen Opposition, schreien von "Ungerechtigkeit", es ist der Niedertracht die Krone aufgesetzt, wenn der Henkersknecht,der das Opfer festhält, seine Hände in Unschuld waschen will. Wir nehmen zu dieser Frage Stellung unter dem Gesichtspunkt unserer revolutionären Schulpolitik, unter dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen das Versailler Friedensdiktat, unter dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen das Doppeljoch deutsch-französischer Ausbeutung und werden sowohl die Kinder in der deutschen Schule als auch in der Domanialschule und deren Eltern mobilisieren zum Kampf gegen die Schulreaktion. Dem Bergarbeiter sagen wir, ein Kampf gegen die Domanialschule muß als Voraussetzung haben, die Organisation und Durchführung jeder Form des Widerstandes gegen alle Maßnahmen der französischen Grubenverwaltung. Der Kampf gegen die französische Domanialschule ist deshalb keine Frage nur des einzelnen, sie ist eine Frage des Massenkampfes, es ist eine Frage, die nicht losgelöst werden kann von dem gesamten übrigen Aufgabengebiet der Arbeiterklasse. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Kampfes gegen die Kulturreaktion, sie muß gestellt werden auf der Grundlage der Bewußten und zielklaren Klassenpolitik.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

Was von mir allgemein gesagt wurde zur Lage der Bergarbeiterschaft trifft in nicht geringerem Maße zu auf die Lage der Arbeiter in allen anderen Industriezweigen. Betriebsstillegungen, Feierschichten, Lohnabbau, Akkordreduzierung, Krümpersystem, wie es neuerdings auch bei den Bergarbeitern geplant ist, Abbau der Leistungen, Erhöhung der Beiträge in den Hüttenknappschaften, in den Orts-, Betriebs-und Innungskrankenkassen, so wird die Konsumtionskraft, das Lebensniveau der Arbeiter und werktätigen Massen systematisch und planmäßig auf eine Stufe herabgedrückt, daß man noch nicht einmal sagen kann, der Prolet schuftet für einen Apfel und ein Stück Brot, man hat ihm bereits den Apfel geklaut und weit über die Hälfte des Stückes Brot. So hat der Schlotbaron, Hermann Röchling, der Harzburger Freund des Herrn "Nazi-Brück" noch vor wenigen Tagen eine erneute Lohnabbaumaßnahme bei den Völklinger Hüttenproleten durchgeführt. Es sind Löhne, die dem Metallproleten monatlich nicht viel mehr als das Doppelte dessen einbringen, was beispielsweise der Regierungspräsident Knox pro Stunde an Gehalt bekommt. Nehmen wir den Gewinn der Hüttenkönige, so hat das Neunkircher Eisenwerk das letzte Geschäftsjahr abgeschlossen mit einem Reingewinn von 17 Millionen Franken. Mit nicht viel weniger wird Röchling abschließen, dieser Mann, der unlängst in einer Landesratssitzung von sich als „von dem ärmsten Mann im Saargebiet" sprach. Nehmen wir die "Arbed", der Hüttenkonzern, zu dem die Burbacher-Hütte gehört, der seine vorletzte Jahresabrechnung mit einem Reingewinn von 157 Millionen Franken abschloß. Die anderen Hüttendirektionen Brebach, Bous usw. bilden keine Ausnahme. Tausende Proleten wurden auf die Straße geworfen, die Belegschaften vermindert, insgesamt von etwa 38 000 früher Beschäftigten auf etwa 22 000 d.h. 16 000, die allein aus der Schwereisenindustrie die Stempelstellen bevölkern, arbeitswillig und arbeitsfähig, die von den Schlotbaronen wie Hermann Röchling und den französischen Aktionären, zum Nichtstun verurteilt sind.

In wenigen Tagen, und zwar am 1.Mai, steht bei den Saareisenbahnern ein neuer Lohnraub, diktiert von der Regierungskommission auf der Tagesordnung. Nicht genug damit, daß Löhne und Gehälter der Arbeiter, der unteren und mittleren Beamten und Angestellten bereits direkte und indirekten Abbau erfahren haben. Nicht genug damit, daß die Oberbaukolonnen eingeschränkt sind, Rangiergruppen vermindert wurden, an den Bahnsperren geteilte Arbeitszeit eingeführt ist, in den Stellwerken die Arbeitszeit verlängert wurde, Versetzungen vorgenommen werden, die für die Arbeiter stundenlange Wege von und zur Arbeitsstätte bedeuten, daß man die Eisenbahnproleten um Millionen in der Rentenzuschußkasse betrogen hat, ihnen Feierschichten auferlegte, die von der Regierungskommission eingesetzte Sparkommission Maßnahmen trifft, die Leben und Gesundheit der Eisenbahner auf das schwerste gefährden. Die Millionenverdiener inder Regierungskommission, der christliche Arbeitsminister Koßmann und sein "christlicher Bruder" der Eisenbahndirektor Nicklaus, aktiv unterstützt von Deutsch, Witzel und Elz, planen einen neuen Schurkenstreich, ab 1.Mai soll den Eisenbahnproleten der Brotkorb noch höher gehängt werden, ist dieser Schandstreich gegen die Eisenbahnarbeiter gelungen, dann wird ihm auf dem Fuße folgen ein weiterer Schlag gegen die unteren und mittleren Beamten und Angestellten.

A4 1

Wir haben als Kommunistische Fraktion der heutigen Landesratssitzung einen konkreten Antrag vorgelegt, worin wir verlangen, daß der neugeplante Lohnraub nicht durchgeführt wird. Die Eisenbahner haben ihre Forderungen der Regierung vorgelegt, sie wollen nicht nur keine Durchführung des neuen Lohnraubs, sondern sie verlangen für die Ernährung ihrer Familie und für die Ergaltung ihres Lebens und ihrer Gesundheit Wiede herstellung der Lohn-und Gehaltshöhe wie vor den bereits durchgeführten Abbaumaßnahmen, ausgenommen davon sind natürlich die hohen und höchsten Beamten. Sie verlangen darüber hinaus eine Lohn-und Gehaltserhöhung für alle Eisenbahnarbeiter sowie für die unteren und mittleren Beamten und Angestellten. Sie verlangen die Beseitigung der reaktionären Dienstdauervorschriften und fordern die strikte Durchführung der Unfallverhütungsbestimmungen sowie Ausbau derselben. Sie verlangen:Erhöhung der Leistungen auf sozial-politischem Gebiet usw. Das sind alles Forderungen, die wir als Kommunistische Fraktion durch unsere der heutigen Landesratssitzung vorgelegte Anträge,nicht nur für die Eisenbahner, sondern für alle Arbeiter, für Frauen und Jugend, Beamten und Angestellten, dem werktätigen Mittelstand und die Landarmut vertreten, unterstützen und für den Kampf um dieselben alle Kräfte der parlamentarischen und außerparlamentarischen Maßnahmen und Aktionen organisieren und auslösen werden.

Nur einige Worte zum

B a u m a r k t

in Verbindung mit der Aufzeichnung der Tatsache, daß die 25 000 im Saargebiet vorhandenen Bau-und Bauhilfsarbeiter und in verwandten Betrieben beschäftigten, fast ausnahmslos ohne Arbeit sind.

Die Tatsachen, daß jetzt, wo die Saison bereits begonnen hat, an dem aufgezeigten Zustand keine wesentliche Änderung eingetreten ist, bestätigt unwiderlegbar das katastrophale der Auswirkungen der von der Regierungskommission und den Kommunen durchgeführte Wohnungspolitik und die Tatsache, daß ja kein Arbeiter, kein Werktätiger heute im Stande ist, auch nur noch den Gedanken der Erstellung einer Eigenwohnung zu haben. Die ungeheuren Zinsen,der Steuer - wucher, die Tatsache, daß 10 000 nicht mehr im Stande sind, ihre Mieten zu zahlen, tun das übrige dazu, um vor aller Augen zu zeigen die Anarchie auch auf diesem Gebiet der kapitalistischen Unordnung. 15 000 Wohnungen müßten im Saargebiet neu erstellt werden, 36 wurden im Februar 1932 erstellt. Selbst die Zahl der im Januar erstellten Wohnungen als Durchschnittszahl genommen, würde fürs Jahr berechnet, noch nicht 3 000 erstellte Wohnungen ergeben. Zehntausende von französischen Franken werden von den Städten und Kommunen hinausgeworfen für die sogenannten Notwohnungen, Wohnbaracken, - wir nennen sie Seuchenherde für alle nur denkbaren Epidemien, ausrangierte Eisenbahnwaggons, alte Militärunterstände dienen als Unterkunftsräume für Menschen, fürwahr die besten Dokumente einer untergehenden Gesellschaftsordnung,die besten Beweise ,wie notwendig die Beseitigung einer solchen Gesellschaftsordnung, einer solchen "Kultur und Zivilisation" ist. Bereits 60 000 statistisch erfaßte Erwerbslose haben wir, wir erinnern heute nur daran, als die Kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschafts-Opposition vor Jahresfrist darauf hinwies, daß

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

wir zu dieser Zahl und noch darüber hinauskommen. Da waren es die bürgerlichen Parteien und die S.P.D., die glaubten, uns den Vorwurf machen zu müssen, wir würden hetzen, jedoch die Tatsache, daß es 60 000 Arbeitswillige und arbeitsfähige Menschen gibt, die die Stempelstellen im Saargebiet bevölkern ist für uns, für die Arbeiter und Werktätigen ein Beweis, wie richtig wir die Entwicklung sahen und eine Tatsache mehr, an die wir anknüpfend den werktätigen Massen gegenüber immer wieder zeigen, daß nur wir Kommunisten ihnen die Wahrheit sagen, sie dadurch früh genug auf kommende Dinge einstellen und damit wichtige Voraussetzungen schaffen zur frühzeitigen Organisation des Abwehrkampfes und die Möglichkeit zur Eröffnung des offensiven Angriffes.
60 000 ohne Arbeit als Familienangehörige für jeden Erwerbslosen nur zwei Personen gerechnet ergibt die runde Zahl von 180000 d.h. fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Saargebietes wird von der Arbeitslosigkeit direkt betroffen. Diesen Armsten der Armen hatman die Unterstützung abgebaut aus "Sparsamkeitsgründen", den Städten und Kommunen Sonderzahlungen an die Erwerbslosen und Ausgesteuerten verboten. Der Bürgermeisterverband hat eine Denkschrift eingereicht an die Regierungskommission unterschrieben von den Bürgermeistern Gores, Sibrinn und Janden in der sie nicht mehr und nicht weniger verlangen, als die Durchführung der Zwangsarbeit bei der Bezahlung eines Lohnes,der fast zwei Franken unter dem jetzt geltenden Bauarbeitertariflohn liegt. Man ist auf dem besten Weg, die Erwerbslosenunterstützung in Bargeld überhaupt zu beseitigen und Naturalform der Unterstützungszahlung einzuführen.

Ein weiterer Schandstreich gegen die Erwerbslosen wird geplant und istb zum Teil schon in der Durchführung, -ich denke hierbei an das Klein-Siedlungswesen. Mit großen Phrasen und Versprechungen wird die Sache den Erwerbslosen schmackhaft gemacht, man versucht ihnen plausibel zu machen, wie leicht es für sie wäre, einen "zwergbäuerlichen " Betrieb zu haben. Man verspricht Saatgut,Düngermittel,"pachtfreies"Land usw. wie es in Wirlichkeit aussieht, das zeigt folgender Vorfall, der hier vor aller Öffentlichkeit angeprangert werden muß. In der Gemeinde Bous, wo man diese "Segnung"der Erwerbslosen bereits überbringen wollte, ging der Gemeindevorsteheer , nachdem der Anschlag mit der Aufforderung, die Erwerbslosen möchten sich melden, gemacht war, zu den ihm bekannten Erwerbslosen und warnte sie vor der Meldung mit dem Bemerken, das wäre von Seiten der Regierung nichts anderes als ein groß angelegter Schwindel. Wir teilen diese Meinung des Gemeindevorstehers und sagen, soll den Erwerbslosen wirklich geholfen werden und das muß gescehen, dann soll man alles Öd-und Brachland bebauen lassen durch die Erwerbslosen gegen Bezahlung des Tariflohnes, um sie so wieder zur Bezugsberechtigung der Erwerbslosenunterstützung zu bringen und die auf dem bebauten Lande gewonnene Ernte an Kartoffeln usw. im Herbst kostenlos an alle Minderbemittelte, Ausgesteuerte und Erwerbslose zur Verteilung zu bringen. Den Erwerbslosen sagen wir, das ist eine Forderung, dafür muß gekämpft werden und deshalb ist es notwendig, daß sie sich auch unter revolutionärer Führung zusammenschließt.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4

Wir bringen heute folgende

F o r d e r u n g e n

ein:

1) Amnestieantrag:

Der Landesrat möge beschließen, die sofortige Amnestie für alle politisch-proletarischen Gefangenen sowie die Einstellung aller laufenden Verfahren gegen revolutionäre Arbeiter.

Desweiteren die Justizverwaltung der Saarregierung wird beauftragt, daß am 28.April 1932 vor dem Schwurgericht in Saarbrücken anhängende Prozeßverfahren gegen Wiotte-Heu und Genossen wegen den Vorgängen in Hostenbach wird sofort eingestellt. Die Prozeßhandlung ist zu unterbrechen, die Untersuchungshaft ist aufzuheben und die Gefangenen sind auf freien Fuß zu setzen.

Die Kommunistische Fraktion des Landesrates beantragt, der Landesrat möge beschließen, die Justizverwaltung der Saarregierung wird beauftragt, das Prozeßverfahren gegen die Arbeiter Klein-Guckeisen-Ganz und Genossen wegen den Vorgängen in Bildstock wird sofort eingestellt. Die Untersuchungsgefangenen sind auf freien Fuß zu setzen.

Die Kommunistische Landesratsfraktion beantragt, der Landesrat möge beschließen, allen aus Anlaß der Vorgänge in Bildstock verletzten Arbeiter wird eine Mindestentschädigung gewährt in Höhe von 1000.-Franken. Den Schwerverletzten ist eine laufende monatliche Rente zu gewähren.

Die Kommunistische Fraktion beantragt, der Landesrat möge beschließen, die Justizverwaltung der Saarregierung wird beauftragt: Gegen alle an den Vorgängen in Hostenbach und Bildstock schuldigen Polizeibeamten das Prozeßverfahren wegen Gefährdung von Leben und Gesundheit von Arbeitern und wegen fahrlässiger schwerer Körperverletzung einzuleiten, insbesondere gegen den Polizeiinspektor Louis in Friedrichsthal und den Landjäger Hild -Hühnerfeld.

---

2) Antrag betr. Immunität:

Die Kommunistische Fraktion fordert, daß allen Abgeordneten während der Legislaturperiode volle Immunität gewährt wird.

---

3) Steueranträge:

1) Der Landesrat möge beschließen, daß sämtliche Steuerlisten der Öffentlichkeit gegenüber offen gelegt werden, Aufhebung des Bankgeheimnisses zur Verhinderung der Steuerhinterziehung und zur Schaffung der Möglichkeit der restlosen steuerlichen Erfassung. Erhebung einer Sondersteuer d.h. eine einmalige Steuer auf alle Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, soweit diese 200 000.-Franken übersteigt in Höhe von 10 %.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4

38

2) Die Steuerleistung der französischen Grubenverwaltung an die Regierung sind um 100 % zua erhöhen und zwar von 26 880 auf 55 660 Millionen. 50 % Sondersteuerbelastung anf den bisherigen Gewinn der französischen Grubenverwaltung, der bis zum Jahre 1931 fast 1 200 000 000.- erreicht hat. Diese Gelder sind den Städten und Kommunen zur Verfügung zu stellen für den Wohlfahrts-und Bauetat zur Arbeitsbeschaffung.

3) Erhebung einer Sondersteuer für alle Großeinkommen über 50 000 Franken jährlich in Höhe von 10 %,dabei dürfen nicht ausgenommen sein die Einkommen der hohen und höchsten Staatsbeamten.

4) Beseitigung aller den Massenkonsum belastenden Umsatzsteuer.

5) Sofortige Beseitigung aller massenbelastenden indirekten Steuern.

6) Beseitigung der Zölle auf Lebens-und Bedarfsartikel.

7) Sofortige Vorlage einer Verordnung betreffend Regelung der Kontingentierung von Aus-und Einfuhr unter weitgehendster Berücksichtigung des Schutzes der Kleingewerbetreibenden, Kleinhandwerker sowie Klein-Zwerg- und Mittelbauern.

8) Alle eingehenden Zollgebühren haben im Saargebiet zu verbleiben. Der Anteil Frankreichs an die Zöllen wird gestrichen, die dadurch freiwerdenden Gelder werden den Stadt-und Kommunalverbänden zugewiesen.

9) Festsetzung des steuerfreien Existenzminimums für alle Einkommensteuerpflichtigen, deren Jahreseinkommen 30 000 Franken nicht übersteigt auf 15 000 Franken.

10) Verbot jeglicher zwangsweisen Eintreibung von Steuerrückständen für alle, deren Einkommen 30 000 Franken im Jahre nicht übersteigt, sowie Verbot jeglicher Zwangsversteigerung, die Steuerschulden oder Rückstände zur Ursache hatten.

11) Außer der bereits beantragten Sondersteuer auf alle Vermögen soweit diese 200 000 Franken übersteigen, beantragt die Kommunistische Landesratsfraktion die sofortige Vorlage einer Verordnung zur Neuregelung des Vermögenssteuersatzes unter der Maßgabe der Erhöhung derselben für alle große Vermögen.

12) Erhebung einer Sondersteuer auf alle Dividenden-und Aufsichtsratstantiemen in Höhe von 20 %, darüber hinaus einer Verordnung nach der dieselben restlos eingezogen werden.

13) Die Steuerleistung der französischen Grubenverwaltung an die einzelnen Kommunalverbände werden um den Prozentsatz erhöht, um den die Kommunalverbände den Umlagesteuersatz durch Diktat der Regierung erhöht haben, letzterer ist dadurch auf die Höhe von 160 % zurückzusetzen.

14) Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung zinsfreier Darlehn für Mittel-Klein-und Zwergbauern,Kleingewerbetreibende und Handwerker, für kleine Hausbesitzer und für alle die, deren Einkommen 30 000 Franken im Jahre nicht übersteigt.

---- IV)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

IV) Anträge für kleine Hausbesitzer und Mieter:

1) Uneingeschränkte Durchführung der Wohnungszwangswirtschaft und Einbeziehung aller Werkswohnungen. Wo die Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben ist, ist sie sofort wieder einzuführen.

2) Herabsetzung der Miete um 25 % bisa zu einem Jahreseinkommen von 30 000 Franken.

3) Volles Mitbestimmungsrecht der Mieter in den kommunalen Wohnungsämtern und Wahl der Vertreter durch die Mieter selbst.

4) Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung von Mietzuschüssen an alle, deren Jahreseinkommen 30 000 Franken nicht übersteigt. Restlose Bezahlung der Miete für alle Erwerbslosen, Armen-und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Alle letzteren entgegenstehende Bestimmungen sind sofort außer Kraft zu setzen.

5) Erlaß eines Verbotes jeglicher Zwangsversteigerung bei Nichtbezahlung der Hypothekenzinsen, oder Nichtamortisation des geliehenen Baukapitals.

6) Mittel sind bereit zu stellen zur Gewährung von Baudarlehen und zwar zinsfrei bei Neubauten bezw. Erneuerungen oder Reparaturen an Altbauten.

7) Haus-und Grundsteuern aller kleinen Besitzer sind zu stunden mit dem Ziele der restlosen Niederschlagung. Übernahme der Weg-Kanalisations- Wasser- und Gasanschlußkosten durch die Regierung.

8) Aufgewandtes Eigenkapital besonders kapitalisierte Renten sind zurückzuerstatten an alle die, deren Haus ohne eigenes Verschulden zwangsversteigert wurde.

9) Alle leerstehenden Wohnungen sind sofort zu beschlagnahmen zur Unterbringung exmittierter Familien und zur Räumung der Not-und Barackenwohnungen.

10) Es sind sofort genügend Mittel zur Verfügung zu stellen und alle Maßnahmen einzuleiten zur Erstellung von 5000 neuen Wohnungen unter dem besonderen Augenmerk der Herstellung von Großwohnungen für kinderreiche Familien.

V) Forderungen für den gewerblichen Mittelstand.

1) Sofortiges Verbot jeglicher Zwangsvollstreckung, alle laufenden Verfahren in dieser Hinsicht sind aufzuheben.

2) Weitgehendster Ausbau des Mieterschutzes für gewerbliche Räume, sowie Festsetzung der Miete für dieselben auf die Friedensmiete.

3) Sofortige Steuerstundung für alle Kleingewerblichen und Kleinhandwerker-Unternehmer mit dem Ziel des vollständigen Niederschlagens derselben.

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1111
A4

4) Strom-, Gas- und Wasserpreis soweit der Gebrauch für gewerbliche Zwecke in Frage kommt, sind herabzusetzen. Rückstände sind zu streichen, besonders sind zwangsweise Eintreibungen der Gelder verboten.

VI) Forderungen für die Erwerbslosen:

L) Sofortige Außerkraftsetzung der Verordnung betr. Herabsetzung der Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge sowie Erhöhung derselben auf die alten Sätze.

2) Sofortige Außerkraftsetzung der Verordnung betr. Herabsetzung der Ausschlußsätze um 20 bezw. 30 %. Wiederherstellung der alten Ausschlußsätze.

3) Schaffung einer Erwerbslosenfürsorge auf Kosten des Unternehmers.

4) Auszahlung der Unterstützungssätze vom 1.Tag der Arbeitslosigkeit bis zur Wiedereinreihung in den Produktionsprozeß.

5) Abschaffung der Arbeitsdienstpflicht und Bezahlung des Tariflohnes bei allen durchzuführenden Arbeiten.

6) Übernahme aller Mittel für die Ausgesteuerten in der Kommune auf Kosten der Regierung.

7) Zur Verfügungstellung von Mitteln für Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit für die Erwerbslosen aus den Steuerüberschüssen der Regierung, die zum größten Teil den französischen Banken zu einem Zinssatz von 2 % zur Verfügung gestellt wurden.

8) Sofortige Außerkraftsetzung der Verordnung betr. Finanzen der Gemeinden, durch welche einem großen Teil der Arbeitslosen, Ausgesteuerten die Unterstützungssätze um 20 % abgebaut werden.

VII) Forderungen für die werktätigen Frauen:

1) Volle Gleichberechtigung in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Beziehung von Mann und Frau ist herzustellen. Alle entgegengesetzten Bestimmungen und Verordnungen sind mit sofortiger Wirkung außer Kraft zu setzen.

2) Gleicher Lohn und Gehalt für gleiche Arbeit bei jeglicher Beschäftigung. Der Lohn der Arbeiterinnen sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft darf bei gleicher Arbeit nicht geringer wie der Männerlohn sein. Die Arbeitszeit beträgt 7 Stunden, wöchentlich 40 Stunden mit vollem Lohnausgleich.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4 I

3) Die volle Gleichberechtigung der werktätigen Frau bei der Besetzung aler Arbeits-und Dienststellen ist herzustellen. Die Arbeiterin und Angestellte darf, weil sie verheiratet und Mutter ist oder wird, nicht entlassen werden.

4) Alle erwerbslosen Frauen erhalten den gesetzlichen Anspruch auf volle und einheitliche Leistung der Erwerbslosenfürsorge, gleich den Unterstützungssätzen der Männer, ohne Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung und ohne Rücksicht auf das sonstige Einkommen in der Familie. Jede Art der Pflicht-und Zwangsarbeit sowie der Umschulungszwang ist verboten.

5) Die schwangere Frau ist 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Niederkunft unter Fortbezahlung ihres vollen Lohnes bezw. Gehaltes von der Arbeit zu befreien. Stillende Frauen erhalten während der Arbeitszeit zwei Mal täglich eine Freizeit (1/2 Stunde) zum Stillen des Kindes. Eine Lohnkürzung darf für diese Zeit nicht erfolgen.

6) Jede werktätige Frau hat gesetzlichen Anspruch auf folgende freie Wochenhilfeleistung:

   a) Bei der Entbindung und Schwangerschaftsbeschwerden, Hebammenhilfe, Arznei-und Heilmittel, ärztliche Behandlung und Krankenhauspflege;

   b) einen einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung in Höhe von 1000.- Franken, Stillgeld in der Höhe des halben Krankengeldes. Schaffung von Kinderkrippen für Kinder bis zu drei Jahren, für Kinder von 3 bis 6 Jahren Kindergärten. Diese vorgenannten Einrichtungen stehen unter fachlicher Leitung und ärztlicher Aufsicht.

7) Vorgenommene Einschränkungen in den Volksschulen sind sofort rückgängig zu machen. Die Höchstzahl der von einem Lehrer zu unterrichtenden Schüler darf 30 nicht überschreiten, für die Durchführung desselben sind genügend Lehrstellen zu schaffen. Beseitigung aller gesetzlichen Bestimmungen, die die Befreiung vom Religionsunterricht hindern oder erschweren, sowie Beseitigung des Religionsunterrichts überhaupt und der Prügelstrafe. Die Unterbrechung der Schwangerschaft wird freigegeben. Ihre Vornahme geschieht unentgeltlich durch fach-und sachkundige Geburtshelfer. Alle entgegenstehenden Paragraphen (218 usw.) des Strafgesetzbuches sind außer Kraft zu setzen, alle auf Grund der bisherigen Abtreibungsparagraphen verurteilten Personen werden mit sofortiger Wirkung amnestiert, alle schwebenden Verfahren eingestellt.

8) Alle Ausnahmebestimmungen der unehelichen Mutter und dem unehelichen Kinde sind zu beseitigen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

VIII) Forderungen für die Bergarbeiter.

1) Sämtliche stillgelegten Gruben sind sofort wieder in Betrieb zu setzen.

2) Alle entlassenen Bergarbeiter werden ab sofort wieder eingestellt.

3) Alle bereits durchgeführten Lohnabbaumaßnahmen sind rückgängig zu machen. Zahlung der vollen Löhne für Feierschichten sowie Beseitigung derselben.

4) Wiederherstellung der Lohnhöhe vom 1.Januar 1932.

Betrifft Arbeitszeit:

5) Einführung der Sechs-Stundenschicht unter Tage sowie bei Wasser, Feuer oder sonstigen gesundheitsschädlichen Arbeiten. Für alle übrigen Arbeiter Sieben-Stundenschicht bei vollem Lohnausgleich.

IX) Forderungen betr. Sozialpolitik für die Bergarbeiter.

Rückgängigmachung der bereits durchgeführten sozialpolitischen Verschlechterungen. Verbesserung und Mehrleistung auf sozialpolitischem Gebiet ohne Beitragserhöhung für die Versicherungspflichtigen. Sofortiger Erlaß der Bestimmungen für die strikte Durchführung aller bergpolizeilichen Vorschriften und den Sicherheitsmaßnahmen in den anderen Industriegruppen. Schaffung von Kontrollorganen aus der Belegschaft und durch die Belegschaft zur Überwachung und Durchführung derselben mit Ausführungs-und Bestimmungsrecht.

X) Forderungen für die unteren Angestellten und Beamten.

1) Für sämtliche unteren Beamten und Angestellten fordert die Kommunistische Fraktion Herstellung der Gehälter und des Urlaubs wie vor dem 1.Juli 1931.

2) Beseitigung der Dienstdauervorschriften.

3) Sofortige Einführung der 40-Stundenwoche mit vollem Gehalt, uneingeschränkte Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften.

4) Freies Koalitions-und Streikrecht für alle Beamten und Angestellten.

5) Schaffung von Plan-und Beförderungsstellen,insbesondere für diätarische Beamte.

6) Zurücknahme jeglicher Maßregelung von Beamten und Angestellten wegen Partei-oder Gewerkschaftszugehörigkeit bezw. wegen "verschuldeten Unfällen".

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1111
A4

7) Beseitigung aller Strafsachen aus den Personalakten.

8) Mitbestimmungsrecht der Beamtenausschüsse bei Versetzung und Entlassungen.

9) Wiederherstellung der Pension für die Angestellten und Beamten wie vor der erlassenen Notverordnung, für alle, die, deren Gesamteinkommen einschließlich der Pension 2400.-Franken nicht übersteigt.

10) Erhöhung der Pensionsbezüge der unteren und mittleren Beamten und Angestellten auf 80 % ihres Gehaltes ohne Unterschied der Dienstjahre.

11) Einbeziehung aller beruflichen und außerberuflichen Nebenbezügen der höheren und höchsten Beamten und Überweisung der dadurch freiwerdenden Gelder an den Wohlfahrtsetat der Kommunen.

12) Einstellung aller Abbaumaßnahmen bei den unteren und mittleren Angestellten und Beamten.

13) Beamten und Angestellten dürfen nicht auf Arbeiterstellen zurückversetzt oder verwandt werden.

14) Aufhebung der reaktionären allgemeinen Bestimmungen für Beamte und Arbeiter aller Dienstzweige.

15) Verringerung der Gruppen und Stufen der Beamtenbesoldungsordnung.

16) Alle diesen Anträgen entgegenstehenden Verfügungen und Verordnungen sind sofort aufzuheben.

XI) Forderungen für die Eisenbahner.

1) Die Kommunistische Fraktion fordert eine allgemeine Umgruppierung der Löhne mit der Maßgabe der Umgruppierung der drei bestbezahltesten Lohngruppen.

2) Sofortige Wiederherstellung des Urlaubs für alle Staatsarbeiter wie vor dem 1.Juli.

3) Gleichstellung der Kinderzulage der Arbeiter in den Staats-und Gemeindebetrieben mit denen der Beamten.

XII) Forderungen betreffend Sozialversicherung.

Die Kommunistische Fraktion beantragt die Aufhebung der Bestimmungen der Notverordnung auf dem Gebiete der Sozialversicherung wie vor dem 1.Juli 1930 sowie der Versorgung der Kriegsbeschädigten auf den Stand des Jahres 1927.

Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Betriebsarbeiter, Kleingewerbetreibenden, Klein-und Zwergbauern,deren monatliches Einkommen 2400.-Franken nicht übersteigt. Übernahme der gesamten Beiträge auf die Unternehmer, für Kleingewerbetreibende, Übernahme der Beiträge

auf

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1911 A4

auf Unternehmer,Staat und Kommune. Vereinfachung der Krankenversicherung durch Zusammenlegung der Kranken-und Betriebskassen. Ausreichenden Arbeiterschutz in den Betrieben,Ausbau der Unfallverhütungsvorschriften. Schaffung von Arbeiterschutzkommissionen. Ausschaltung der Unternehmer aus den einzelnen Versicherungsinstituten, Abbau der Vertrauensärzte und des Kontrollsystems. Sicherung der Anwartschaft für Erwerbslose, Ausgesteuerte,Armen-,Wohlfahrtsunterstützungs-und Rentenempfänger. Übernahme der Kosten für Arzt, Erholungsheime und Kuren durch den Staat. Für Schulkinder kostenlose ärztliche Hilfe, Krankenhausbehandlung,Erholung und Kuren. Berufskrankheiten sind als Unfallfolge anzusehen. Beseitigung der Drittelungsgrenze in der Unfallversicherung. Erweiterung des Fürsorgeausschusses der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen durch Hinzuziehung der revolutionären Verbände, der RGO und des Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit.

XIII) Forderungen für die jugendlichen Arbeiter.

1) Für alle Jugendlichen von 14 - 18 Jahren sechsstündige Arbeitszeit, 34 Stundenwoche und 44-stündige Sonntagsruhe.

2) Für alle Jugendlichen von 14 - 18 Jahren 4 Wochen und von 19 - 21 Jahren 3 Wochen bezahlter Urlaub.

3) Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Bezahlung der Lehrlinge im 1.Jahre 30 %, im 2.Jahre 50 % und im 3.Jahre 80 % vom vollen Fachlohn.

4) Erhöhung des Arbeitslohnes der jugendlichen Landarbeiter und Arbeiterinnen auf das Niveau des durchschnittlichen Lohnes der Jugendlichen in der Industrie Verbot jeglicher Zahlung in Naturallohn.

5) Beseitigung aller privaten oder individuellen Lehrverträge, an Stelle derselben Kollektivverträge. Herabsetzung der Lehrzeit auf zwei Jahre.

6) Verbot der Entlassung nach beendigter Lehrzeit,Weiterbeschäftigung mindestens 1 Jahr nach tariflicher Entlohnung.

7) Verlegung der Berufsschulzeit in die Arbeitzeit und Bezahlung derselben. Schaffung von Schulvertrauensleuten, gewählt in den Schülerversammlungen,zur Aufstellung des Lehrplans.

8) Verbot jeglicher Nacht-und Sonntagsarbeit für Jugendliche bis 21 Jahre.

9) Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre,sowie Wählbarkeit der Jugendlichen im Parlamente.

10) Beseitigung aller reaktionären Gesetze, welche die politische Betätigung der Jugend einschränkt oder verbietet.

11) Vollständige Koalitionsfreiheit.

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

XIV) Forderungen für die Landwirtschaft.

1) Befreiung der Klein-und zwergbäuerlichen Betriebe von allen Steuern-Hypothek-und Zinsbelastung,desgleichen Herabsetzung von Pacht und Pachtzinsen auf Gebäude und Land.

2) Kostenlose Verfügungstellung von genügend Land an Kleinbauern und Kleinbauernsöhne durch Enteignung des Großgrundbesitzes und Urbarmachung von Ödland.

3) Kostenlose Überweisung von Saatgut,sowie Herstellung von hygienischen Dunggruben auf Kosten des Staates.

4) Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen und Düngermitteln an Klein-und Zwergbauern kostenlos.

5) Aufforstung von nicht ertragfähigem Land durch den Staat.

6) Schaffung von Jungviehweiden zur unentgeltlichen Benutzung der klein-zwerg-und mittelbäuerlichen Betrieben.

7) Sofortige Ergreifung aller Maßnahmen zur Einstellung und Verhinderung aller Zwangsversteigerungen bei klein-zwerg-und mittelbäuerlichen Betrieben.

8) Niederschlagung aller rückständigen Steuern und Verbot aller Zwangsmaßnahmen zur Eintreibung.

9) Erlaß einer Verordnung zur Wahl von Kommissionen aus der - Reihe der Klein-Zwerg-und Mittelbauern zur Abschätzung der Wildschäden und der Festlegung der Höhe des Schadenersatzes.

XV) Betr.: Asylrecht.

Die Kommunistische Fraktion des Landesrates beantragt, daß alle Bestimmungen und Verordnungen betr. Saarländer oder solchen, die die Aufenthaltsbestimmungen erschweren oder unmöglich machen, sofort außer Kraft zu setzen.

XVI) Betr.: Saareinwohnerschaft.

Die Kommunistische Fraktion des Landesrates beantragt, daß alle, die Erlangung der Saareinwohnerschaft erschwerenden Gesetzesbestimmungen außer Kraft gesetzt werden.

XVII) Betr.: Beschlußrecht des Landesrates.

Die Kommunistische Landesratsfraktion beantragt, durch Gesetz ist dem Landesrat an Stelle des Nurbegutachtungsrechtes "Beschlußrecht" zu geben.

XVIII)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4 I

XVIII) Betr.: Uniformverbot.

Die Kommunistische Fraktion des Landesrates beantragt die sofortige Aufhebung des Uniformverbotes gegen den roten Frontkämpferbund und proletarischen Organisationen.

Das sind unsere grundsätzlichen Anträge, deren Verwirklichung wir hiermit beantragen.

(Bravo-Rufe der Kommunisten !)

--

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Braun!

Abg. Braun (SP): Meine Dame und meine Herren! Die politische Lage in Deutschland und die internationale Situation in Europa sind zweifellos dem wesentlichsten aller Saarprobleme, dem seiner Rückgliederung nach Deutschland, nicht günstig. Die hochgestiegene Konjunkturflut des Nationalsozialismus in Deutschland und die Versteifung in den internationalen Beziehungen dank eines hemmungslosen chauvinistischen Nationalismus haben Leuten sowohl an der Saar wie in unserem großen Nachbarvolke den Gedanken eingegeben, daß sie in solcher Zeit im Trüben fischen könnten. Ihnen allen gegenüber stellen wir deshalb nochmals fest, was uns Saardeutschen Selbtsverständlichkeit ist: Weder irgend eine innerpolitische Entwicklung in Deutschland noch ein weiteres Triumphieren des völkerverhetzenden Chauvinismus kann die saardeutsche Bevölkerung irgendwie irre machen in der Behauptung ihres Selbstbestimmungsrechtes und in der Hoffnung und Sehnsucht nach einem kulturell gerichteten Großdeutschland der Zukunft, dessen Südwestmark das deutsche Saargebiet sein wird.

Mögen auch die innen-und außenpolitischen Zeiterscheinungen von unserem Standpunkte aus so unerfreulich als nur möglich sein, und mag auch augenblicklich die politische und wirtschaftliche Anarchie Europas Orgien feiern- wir halten fest und bekennen uns . . . nach wie vor zur grundlegendsten Forderung aller Europa-und Weltpolitik, nämlich der deutsch-französischen Verständigung, die zugleich den einzig möglichen Weg einer glücklichen Lösung des Saarproblems bringen kann. Und in dieser Verständigungspolitik kann uns weder der Chauvinismus Tardieus und seiner Rechten, noch der lächerliche außenpolitische Dilletantismus Adolf Hitlers irgendwie beirren.

(Bravo - Rufe)

Zur Arbeit des neuen Landesrates eine Vorbemerkung: Der Versailler Vertrag bezw. das Saarstatut haben der Regierungskommission des Völkerbundes für die Betreuung des Saargebietes die besondere Pflege der Wohlfahrt der Bevölkerung ebenso warm ans Herz gelegt wie jede andere ihrer Aufgaben. Wir stehen nicht an zu erklären, daß wir jede Arbeit, die dieser Wohlfahrt der Bevölkerung dient, unsere ganze und restlose Unterstützung leihen werden, und daß wir bereit sind, für die notleidende Saar jede Hilfe anzunehmen und zu unterstützen - mit einer Ausnahme, nämlich der eines wirtschaftlichen Zuckerbrotes für politische Neben-und Hintergedanken. Wir werden daher, getreu unseren Grundsätzen und unserer sozialistischen Überzeugung unsere loyale Mitarbeit allen leihen, was der Wohlfahrt der Saarbevölkerung dienlich ist. Ich wiederhole noch einmal, daß diese Zusammenarbeit zwischen Landesrat und Regierungskommission und allen Instanzen an der Saar, soweit sie die Wohlfahrt der Bevölkerung im Auge hat unserer Mitarbeit gewiß sein kann, daß aber der Wohlfahrt keinerlei andere Gesichtspunkte vorgezogen werden dürfen.

Was die Wirtschaftslage an der Saar anbelangt, behalten wir uns vor, an ferneren Sitzungen des Landesrates dazu Stellung zu nehmen, desgleichen zur Sozialpolitik, zum Arbeitsrecht, zur Kommunalpolitik und zu unseren und anderen Anträgen will ich mich heute nur summarisch äußern.

Die Wirtschaftslage der Saar in der kapitalistischen Anarchie der Weltwirtschaft ist durch zwei bekannte

<u>Erscheinungen</u>

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Erscheinungen charakterisiert: durch den Verlust der Kaufkraft infolge Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Stillegungen, Feierschichten, Lohn-,Gehalts-und Rentenabbau mit ihrer gewaltigen Einkommensverminderung auf der einen Seite, und durch ein dieser Kaufkraft in keiner Weise angepaßtes Preisniveau, das einerseits unter den Rückwirkungen der Zoll-und Kontingentierungsmaßnahmen unserer Zollunion mit Frankreich steht und andererseits an dem Mangel zweckentsprechender Maßnahmen wie Zins-und Mietsenkung usw. zu leiden hat. Diese Notlage erfaßt nicht nur Arbeiter,Angestellte und Beamte, sie erfaßt auch die Schichten des Mittelstandes in Landwirtschaft,Gewerbe, Handwerk und Handel, die von der Kaufkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten leben und deren Lage ebenfalls als sehr notleidend zu bezeichnen ist. Die sich daraus ergebenden Forderungen der Sozialdemokratie an die Regierungskommission haben wir in unseren Anträgen niedergelegt.

Bezüglich der Sozialpolitik haben wir konstatieren müssen, daß die Notverordnung der Regierungskommission auf Abbau der Sozialrenten immer noch die von allen Parteien geforderte Senkung der Spitzengehälter auf sich warten läßt. Solange es bei Staat,Kommune und Wirtschaft Gehaltsempfänge r gibt, deren Einkommen zwischen 100 000 und 1 Million Franken schwankt, und solange man diesen und anderen überhöhten Einkommen - bei ~~f~~freien Berufen usw.- nicht kräftig zu Leibe geht, müssen alle anderen Notmaßnahmen in ihren Wirkungen ganz unnötigerweise verschärft werden und verbitternd wirken. Sowohl in die volkswirtschaftlichen wie die sozialpolitischen Überlegungen gehört die andere Forderung von uns, daß nun endlich Schluß gemacht werden muß mit der dauernd weiteren Verminderung der Kaufkraft durch Abbau der Löhne, Gehälter, Renten und Fürsorgesätzen. Die Lohnabbaupsychose ist einer der gefährlichsten Krankheiten unserer ~~kl~~kranken Zeit.

Zugleich erlaube ich mir die Anfrage, wieees um die vielen arbeitsrechtlichen Gesetzentwürfe steht, die die Arbeitskammer längst verabschiedet hat, die aber anscheinend in einem hohen Aktenschrank langsam vermodern. Wir erheben erneut die Forderung zur baldigen und restlosen Durchführung dieser Beschlüsse der Arbeitskammer zur Verbesserung der arbeitsrechtlichen Lage an der Saar.

Zur Gemeindepolitik ein Wort: Es ist den Kommunen an der Saar nicht damit gedient, daß man ihnen nur mit verschärfter Aufsicht kommt. Beaufsichtigt werden sie heute schon z.B. auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge, weit mehr als es den wahrlich nicht hohen Leistungen auf diesem Gebiete angemessen ist. Daß Finanz-und Arbeitsabteilung der Regierungskommission ebenso wie die Bezirksämter prüfen, ist in der Ordnung, aber auch vollkommen ausreichend -: daß jetzt noch zwei Beamte der Eisenbahnverwaltung als neue Überkontrolle der an und für sich schon reichlichen Kontrolle dem Defizit der Eisenbahn und der Mangelhaftigkeit der Leistungen in der Erwerbslosenfürsorge hinzugefügt wurden, ist des Guten zu viel. Den Kommunen wäre die Durchführung eines organischen Kommunalhilfsprogramms, über deren Einzelheiten wir uns bereits verschiedentlich verbreitet haben, bedeutend lieber und zweckdienlicher.

Wir stimmen den Anträgen der Deutsch-Saarländischen Volkspartei zu.

Was die Anträge der Kommunisten anbelangt, kann ich feststellen, daß der Antrag betr. Immunität eine alte Forderung ist und daß die übrigen Forderungen blanker Unsinn sind.

Was unsere Anträge zur heutigen Sitzung anbelangt, so hebe ich neben den bereits erwähnten noch hervor die Forderung nach einem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm,

nach

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

nach vermehrtem Kohlenabsatz nach Frankreich und damit Verstärkung des Belegschaftsbestandes und Vermeidung von Stillegungen, Feierschichten, Lohnkürzungen usw., nach Preis-, Miet-, Zins-usw. Senkung, nach Zinszuschüssen für den Kleinwohnungsbau, insbesondere der entlassenen Arbeiter und Angestellten und der Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge.

Ich bedauere, daß ich einen Teil meiner Redezeit mit ein paar kurzen Entgegnungen auf die Rede des Kommunisten Lorenz verschwenden muß, der durch Länge zu ersetzen versuchte, was an Gehalt fehlte.

(Zurufe: Sehr gut! - Heiterkeit -)

Harr Lorenz beschwert sich über eine angebliche Einheitsfront bei den soeben getätigten Wahlen des Präsidiums. Dabei hat die Kommunistische Fraktion nicht nur für sich den Präsidenten, sondern auch beide Beisitzer und beide Stellvertreter beansprucht und keinem Vertreter irgend einer anderen Partei, die ja schließlich auch noch da sind, auch nur eine Stimme gegeben. So kann man keine Politik in einem Parlament machen. Wenn die Kommunisten also der Meinung sind, daß die andern Parteien ihnen zuliebe Selbstmord verüben würden, dann können wir ihnen nur sagen, daß unsere Auffassung von Demokratie eine gänzlich andere ist. Noch sind die Kommunisten erst acht unter dreißig, und wenn sie fortfahren, wie sie heute begonnen haben, werden es bald schon wieder weniger sein.

(Heiterkeit im ganzen Hause -)

Wenn Herr Lorenz nicht zum Young-Deutschland zurück will und dagegen mit unqualifizierbaren Ausfällen aufwartet, dann kann man ihm nur eins darauf antworten: Es sind so gut die kommunistischen Sozialrentner, Kriegsbeschädigten usw., für die dieses Young-Deutschland alljährlich über 60 Millionen Zuschüsse ins Saargebiet zahlt, wie für die gleichen Schichten bei allen anderen Parteien.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Mit der alten Walze von den "Sozialfaschisten" hier wieder aufzuwarten, ist etwas unvorsichtig von Herrn Lorenz. Denn inzwischen hat nach Thälmann und der "Roten Fahne" die Kommunistische Partei Deutschlands eine taktische Schwenkung vollzogen und an die Stelle der Parole:" Hauptfeind sind die Sozialdemokraten oder Sozialfaschisten!" die andere Parole gesetzt:" Unter keinen Umständen Hitler!" Das hat zur Folge, daß die "Rote Fahne" dieser Tage erklärte, die kommunistische preußische Landtagsfraktion werde mit allen Mitteln zu verhüten trachten, Preußen einem nationalsozialistischen Ministerpräsidenten auszuliefern. Der Herr Lorenz ist doch sonst bezüglich seiner "Linientreue" ein vorsichtiger Mann. Man kann ihm also nur empfehlen, wenn er nicht übermorgen schon daneben sitzen und wegen "links-opportunistischer Abweichung" abgesägt sein will, mit der Parole von gestern für heute und morgen etwas vorsichtig umzugehen.

(Lachen - Heiterkeit)

Auch hat es mit den von Herrn Lorenz so viel geschmähten "Friedensverträgen der Bourgeoisie und bourgeoiser Staaten" seine eigene Bewandtnis: Augenblicklich versucht das sogenannte „Vaterland der Arbeiter und Bauern," Sowjetrußland, mit einer ganzen Reihe bourgeoisen Staaten darunter mit dem Frankreich Tardieus, mit dem Polen Pilsudskis, mit Rumänien und

anderen

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

anderen sogenannte "Nichtangriffspakte" abzuschließen und Herrn Litwinows Mund läuft über vom Friedenshonig. Was tut da Herr Litwinow und mit ihm Sowjetrußland eigentlich anderes als Herr Stresemann in Locarno tat?!

Eine ganz widerwärtige Heuchelei aber ist der alte kommunistische Ladenhüter, den Herr Lorenz vor dem 1.Mai wieder herausholt:" Hände weg von China !" Zu gleicher Zeit, wo das die deutschen und saarländischen Kommunisten schreien,hat ihr sowjetrussischer Auftraggeber und Rubellieferant an das imperialistische Japan die Benutzung von Bahnen zu strategischen Zwecken im Kampf gegen das arme China mit süßem Lächeln zur Verfügung gestellt und zeigt auch sonst gegenüber Japan nur Samtpfoten !

(Zurufe: Sehr richtig !)

Was Paul Boncour anbelangt, so können Sie ihn uns der zweiten Internationale und auch der französischen sozialistischen Partei nicht mehr auf,s Konto setzen. Er ist gerade wegen seiner außenpolitischen Linie aus der sozialistischen Partei Frankreichs und aus der zweiten Internationale ausgeschlossen worden, und wenn wir ihn auch nach wie vor anders bewerten als einen Mann wie Tardieu, so sind wir für seine Abrüstungsgedankengänge in keiner Weise verantwortlich zu machen.

Zum Schlusse meiner Polemik gegen den kommunistischen Redner noch ein Wort zu seinen vielen Ausfällen gegen die "reformistischen " und die christlichen Gewerkschaftsbonzen: Wenn er hier meine Parteifreunde Schwarz, Witzel, Vaders usw. glaubt angreifen zu können, dann will ich ihm zunächst bescheinigen, daß solche Anwürfe von solcher Seite her meinen Parteifreunden nicht bis an die Stiefelsohlen gehen. Was die von den sogenannten Gewerkschaftsbonzen angeblich verfochtene "Prosperitätstheorie aus Dollarien" anbelangt, so muß der, der im Glashause sitzt, vorsichtig sein mit dem Steinewerfen: Rußlands Industrie-Investierungen im Fünfjahresplan sind nichts anderes, als eine sklavische und obendrein teilweise groteske Nachahmung amerikanischer privatkapitalistischer Rationalisierungs-Investierungsmethoden in der Produktionsmittelindustrie. Allerdings bezahlt mit den Hungerlöhnen, dem Wohnungselend und dem barbarischen Bedarfsmittelmangel des russischen Proletariats, das rücksichtslos für staatskapitalistische Pläne, die bestimmt zu einem Teil Schimäre sind, nutzlos geopfert und bis auf das Mark ihrer Knochen ausgebeutet wird.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Auf den übrigen blühenden Unsinn des Kommunisten Lorenz näher einzugehen, liegt um so weniger Veranlassung vor, als Herr Kiefer einen Antrag vorbereitet haben soll, in das Büro des Landesrates einen Dolmetscher für das andauernde Fremdwörtermalheur des Herrn Lorenz zu setzen.

(Heiterkeit im ganzen Hause !)

Ich komme zum Schluß: Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Bereinigung des Saarproblems noch vor 1935 erfolgen kann. Im Juni wird die Reparationskonferenz von Lausanne beginnen. Ihr werden sich angesichts der Zerfahrenheit und der Aushöhlung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen anschließen müssen. Das wird vielleicht der Auftakt zu neuen Saarverhandlungen werden, von denen wir drei Dinge erwarten und unumgänglich fordern müssen:
Restlose territoriale Rückführung der Saar nach Deutschland, Übereignung des gesamten Gruben-und Kohlenfelder

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Kohlenfelderbesitzes an den preußischen und bayrischen Staat und Ausbalancierung der handelspolitischen Interessen zwischen Deutschland, Frankreich und der Saar unter Voranstellung saarländischer Prosperitätsgesichtspunkte.

(Bravo - Rufe)

---

rsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Brück !

g. Brück (NSDAP): Deutsche Frauen, deutsche Männer !

Ich lehne es ab, hier vor den Augen einer fremdländischen Regierung mich mit den Parteien herumzuschlagen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß unsere Aufgabe die sein muß, den Interessen der Bevölkerung zu dienen. Und wollen wir das, dann müssen wir vor allen Dingen unser Augenmerk darauf richten, wie das geschehen soll. Eine Regierung,die Saarregierung, sie hat bisher bewiesen, daß sie alles andere tut, als zu treuen Händen des deutschen Volkes das Saargebiet zu verwalten. Es ist heute eine Anderung eingetreten, und wir hoffen, daß die Saarregierung künftig mehr im Interesse des deutschen Volkes und im Interesse der Saarbevölkerung das deutsche Volk verwaltet. Und ich erkläre, daß wir hier an der Saar genau wie drüben vollkommen legal bleiben, daß wir unbedingt so arbeiten, wie es die Gesetze zulassen. Und wir wollen arbeiten, daß das deutsche Volk in uns eine Hilfe hat in kulturpolitischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht. Wir wollen unser ganzes Können darauf richten, daß die Rückkehr zu Deutschland,wenn möglich, vor 1935 erfolgt. Wir machen die Regierungskommission darauf aufmerksam, daß es nicht damit getan ist, wenn man neue Steuern schafft, sondern die Regierungskommission hat ihr Augenmerk darauf zu richten, daß Arbeitsmöglichkeit geschaffen wird.

(Zuruf der Kommunisten(KP): Das besorgt Ihr Parteifreund Becker, wenn er Handel treibt.)

Wir werden uns allezeit dafür einsetzen, wir werden Vorschläge bringen, die klipp und klar beweisen, daß es Arbeitsmöglichkeit gibt, und daß die Regierungskommission nur die Arbeit zu organisieren braucht. Zur Erreichung dieses Zieles werden wir kämpfen gegen alle Französierungsbestrebungen, einerlei wo und wann sie liegen. Wir werden allezeit alles das bekämpfen, was hier mit Frankreich arbeitet.

(Zuruf der Kommunisten: Wer arbeitet mit Frankreich,Sie arbeiten mit Frankreich, das haben Sie wiederholt bewiesen.)

Sie sprechen von Hostenbach, von Bildstock. Wer war es,der dort der fremden Regierung Veranlassung gab, einzugreifen, doch nur Sie. Ich lehne im übrigen ab, darüber zu sprechen, sondern gebe hier nur die kurze Erklärung, daß wir mit allen arbeiten wollen, die gewillt sind, die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten, und in diesem Sinne werden wir unsere ganzen Arbeitskräfte in den Dienst der Sache stellen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4

rsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

g. Schmelzer (DSV): Meine Dame und meine Herren! Ich bin angenehm enttäuscht, daß die meisten Redner bis jetzt mit Ausnahme der Kommunisten sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß wir hier nur eine Aufgabe hätten, nämlich dafür zu sorgen, daß das Saargebiet baldigst wieder zum Reich zurückkehrt. Was diese Rückkehrmöglichkeit anbelangt, so bin ich mit dem Sprecher der sozialdemokratischen Partei der Meinung, daß sie vor 1935 erfolgen kann. Die Reparationskonferenz in Lausanne bietet zweifellos Möglichkeiten einer Entwicklung nach der Richtung. (Zu den Kommunisten gewandt): mit Ausnahme des kommunistischen Vertreters. Ich habe keine Veranlassung, Ihnen Vorschläge zu machen, wie Sie künftig Ihre Rednergarnituren gruppieren, das müssen Sie gemerkt haben. Der Herr Hey hätte das wesentlich kürzer gemacht.

Nun muß ich feststellen, daß der kommunistische Vertreter etwas gesagt hat, was mich außerordentlich erfreut hat. Er hat das Versailler System verurteilt. Er hat mit starkem Stimmenaufwand verlangt, daß das Saargebiet baldigst an Deutschland zurückgegliedert wird. Ich muß sagen, die Befürchtung die ich hatte, als unser Herr Reinhard nicht mehr erschien, trifft nicht zu. Daß von der äußersten Rechten bis zur Linken nur eine einzige Meinung über den Punkt herrscht, das bitte ich, Herr Staatskommissar, dem neugewählten Präsidenten der Regierungskommission zu unterbreiten und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß von Herrn Brück bis zu Herrn Lorenz eine einzige Stimme in der Frage der Rückgliederung ge besteht.

Es hat mich von dem kommunistischen Redner noch etwas gefreut. Ich streiche das Erfreuliche heraus. Ich habe mich gefreut, daß er sich so warm für den werktätigen Mittelstand eingesetzt hat. Ich nehme die Bundesgenossen, wo ich sie finde. Ich kann feststellen, daß es dem werktätigen Mittelstand - wenn er so viel Helfer hat - in der Zukunft gar nicht mehr schlecht gehen kann, wobei ich annehme, daß außer den Worten auch die Taten folgen werden. Aber nach der Richtung hin müssen Sie Ihre Anträge durchsehen, die Sie eingereicht haben, die so zahlreich sind, daß man sie in aller Eile nicht durchsehen kann. Ich habe mir nur einige angesehen, und ich muß sagen, sie vertragen sich schlecht mit dem, was Sie mit dem werktätigen Mittelstand vor hatten. Ich war sehr erstaunt, aber nichtsdestoweniger erfreut, daß der kommunistische Vertreter dem Bauer im Saargebiet seine eigene Scholle erhalten will. Das ist sehr erfreulich. In Rußland will man davon nichts wissen. Wir gehen also mit Ihnen (zu den Kommunisten) einig, daß alles getan werden muß, den Bauern zu helfen, denen es im Saargebiet mit am schlechtesten geht.

Der kommunistische Redner hat weiter ausgeführt, mein Parteifreund Röchling hätte die Absicht, die Grube Hostenbach zu kaufen und auszubeuten. Das glaube ich nicht, denn Herr Röchling ist ein viel zu guter Geschäftsmann als daß er ausgerechnet die Grube Hostenbach kauft, aus der nichts mehr herauszuholen ist.

Der Sprecher der Zentrumspartei, Herr Levacher, hat eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die zum größten Teil Gemeingut nicht nur des Landesrates, sondern der gesamten Bevölkerung des Saargebietes sind. Ich habe eine davon schon erwähnt nämlich die Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland. Er hat weiter darauf hingewiesen auf die unwürdige Behandlung der Bevölkerung und ihrer Vertreter durch die Regierungskommission, auf die vielen

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4 I

Mißstände bei der Landwirtschaftshilfe und Besteuerung der Landwirte, die untragbar geworden ist, der Siedlungen, der Grubenstillegungen usw. Aus den Kreisen des Handels sind uns Zuschriften zugegangen, in denen verlangt wird, daß recht bald ein Gesetz kommt, das die Bekämpfung des Zugabewesens zum Gegenstand hat, Beseitigung der Mißstände bei Ausverkäufen, Verbot der Errichtung von Einheitspreisgeschäften, Zinssenkung usw.

Herr Levacher ist weiter auf ein außerordentlich wichtiges Thema eingegangen, auf die Verhältnisse der

<u>französischen Schulen im Saargebiet.</u>

Er hat den neuen Kultusminister ermahnt, in dieser Sache nach dem Rechten zu sehen. Ich möchte diese Ermahnung noch ausdehnen auf den Präsidenten der Regierungskommission, der doch ein wesentliches Wort bei diesen Dingen mitzusprechen hat. Wir haben erfahren, wie der vorherige Präsident der Regierungskommission sich zur Frage der Domanialschulen gestellt hat. Er hat die Dinge gar nicht erfaßt, und zwar deshalb nicht, weil er mit der Bevölkerung keinen Kontakt hatte. Er hat bei Berichten, die er in Genf vorgelegt hat, seinerzeit darauf hingewiesen, daß die deutschea Bevölkerung einen angemessenen Druck ausübt auf diejenigen Deutschen im Saargebiet, die ihre Kinder in die französische Schule schicken. Meine Damen und Herren, Sie wissen alle, daß die Beschaffung des Materials, das unsere Beschwerde stützt, außerordentlich schwierig ist, insbesondere in einer Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs. Sie wissen alle, welcher Druck auf den Bergmann ausgeübt wird im Hinblick darauf, daß er den nächsten Tag seine Stellung verlieren kann und zurückhaltend sein muß. Meines Erachtens hat Präsident Wilton die Sache ganz falsch aufgefaßt, und er hätte die Frage so vorlegen müssen: Wo wird im Saargebiet auf die französischen Eltern ein Druck ausgeübt, ihre Kinder in die deutsche Schule zu schicken. Dann erst kann man von einem unangemessenen Eingreifen der bodenständigen Bevölkerung sprechen, und nicht umgekehrt. Ich bin der Meinung, daß man dies dem Präsidenten der Regierungskommission, von dem wir vorläufig annehmen, daß er guten Willens ist, nachdrücklich unterbreiten muß. Es muß ihm doch klar werden, wenn er gerecht ist, daß hier etwas geschieht, was nicht scharf genug zu verurteilen ist. Die Notlage eines Teiles der Bevölkerung zum Zwecke des Seelenfanges auszunutzen, ist barbarisch und widernatürlich und durch einen noch so starken Ausdruck nicht stark genug zu belegen. Da erhebt sich Frage der Zusammenarbeit mit der zukünftigen Regierungskommission. Es wäre bei dem Punkt ja zunächst manches zu sagen über den verflossenen Präsidenten der Regierungskommission. Aber der Mann ist nicht hier, er kann sich nicht wehren, weder mündlich noch schriftlich. Ich will mir daher eine Kritik versagen, und will nur eines herausstellen, daß Herr Präsident Wilton zwei Tage vor seinem Weggang die Notverordnung über die Gemeindefinanzen in Kraft gesetzt hat. Es lag keine Veranlassung vor, etwas derartiges zu unternehmen. Wir hatten hierzu einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wie ich gelesen habe, hat die Regierungskommission in ihrer Gesamtheit mit Vertretern der Landwirtschaft und Industrie verhandelt. Wie diese Unterredungen zustande gekommen sind, weiß ich nicht. Es wäre das richtige gewesen, daß man zuerst die Vertreter der Bevölkerung gehört hätte. Der Präsident der Regierungskommission wird ja über die Saarbevölkerung unterrichtet sein, und es besteht für uns die Frage, von wem er unterrichtet wurde. Ist er von den Beamten des Völkerbundssekretariats unterrichtet worden, so muß ich sagen, daß

<u>dies</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

dies keine lautere Quelle ist. Nicht alle Beamten des Völkerbundssekretariats sind von dem Einfluß Frankreichs so frei, daß er dort einen einwandfreien Bericht hätte erstattet bekommen können. Er wird unterrichtet auch von seinem Landsmann und Vorgänger. Wir wissen natürlich nicht, was ihm da gesagt worden ist. Aber,man kann sich denken, daß bei dem Verhältnis, das zwischen Wilton und uns bestand, nicht viel Gutes herausgekommen ist. Vielleicht sind wir schuld daran gewesen bis zu einem gewissen Grade, daß Herr Wilton sich so angestellt hat und wie er sich im Laufe seiner Amtsperiode bewährt hat. Er hat uns bei seinem Einzug hier empfangen, und wir haben dem damals uns Fremdartigen erklärt in ziemlich grobem Deutsch und unmißverständlich: wir hätten nur einen Wunsch, daß dieses Regime, das uns aufgebürdet ist, recht bald aufhören soll und wir recht bald zu unserem Vaterland zurückkehren möchten. Das haben wir in verschiedenen Tönen, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten gesagt.. Auch dem neuen Präsidenten werden wir nichts anderes sagen können als was Tatsache ist. Wenn er den Wunsch haben sollte, sich von uns informieren zu lassen und mit ihm zusammenzuarbeiten, dann sind wir dazu stets und gern bereit.

Nun, Herr Staatskommissar, ich bitte um Ihre ganz besondere Aufmerksamkeit. Der Präsident wird vielleicht sagen ich höre von verschiedenen Seiten , jede spricht von ihrer Sache, ich bin geneigt, mich auf andere Weise zu informieren. Da empfehle ich Ihnen die Lektüre des Buches, das uns zugeht: Rechnungsabschluß für das Saargebiet, allerdings von 1929, was uns zwei Jahre nach dem Abschluß des Rechnungsjahres zugeht. Vielleicht wird das schon nicht ganz recht finden. Ich darf Sie auf einige Punkte aufmerksam machen - ich kann nicht den ganzen Etat hier behandeln - obwohl dies eine sehr dankbare Angelegenheit wäre. Vielleicht fällt ihm auf, und wenn nicht, dann muß man ihn darauf aufmerksam machen- Es scheint ein besonderer Trick von dem französischen Finanzminister zu sein, daß die Voranschläge nicht so angegeben sind, wie sie uns ursprünglich zugegangen waren. Hier sind Nachtragskredite und Kreditübertragungen angegeben, von denen der Landesrat ja nichts weiß. Vielleicht sieht sich der Herr Präsident die Sache an, was Frankreich für das Saargebiet leistet, was Frankreich von uns bekommt und was Deutschland tut. Die Zahlen werden ihn interessieren.

Da ist eine Position, französischer Kultus, an die ich keine besonderen Bemerkungen knüpfen möchte, nur den Gegensatz will ich hervorheben. In Frankreich bekommt die Kirche nichts, im Saargebiet bekommt sie etwas. Die Vertreter dieser Kirche werden von uns im Saargebiet bezahlt. Wenn das aber unser schlimmster Schmerz wäre, würden wir ihn gerne tragen. Auf Seite 11 wird er aber finden, wenn ihm das richtig vorgetragen wird, wie man die Dinge von seiten des Finanzministers,der Franzose ist,darstellt, um ein falsches Bild zu erzielen. Das fällt ihm als Neuling gar nicht so auf. Beim Vergleich der Voranschläge der Eisenbahn und der Post mit den Ist-Ergebnissen, muß man zur Anschauung kommen, als sei dies ein glänzendes Ergebnis. Bei der Eisenbahn werden 5 Millionen gespart und bei der Post 3 Millionen. Das sind die Tricks, mit denen derartige Dinge aufgemacht werden, und wenn er sich die Nachweise erklären läßt, dann bekommt er eine Vorstellung von der Wahrheitsliebe dieser Leute, die diese Dinge zusammenstellen. Ich möchte bitten, daß er sich einmal ansieht, was die Regierungskommission, das Präsidium und die anderen Herren von der Verwaltung bekommen für ihre Wohnungen. Das sind 900 000.-Franken bei der Million, die die Mitglieder der Regierungskommission ohnehin schon als Gehalt beziehen.

Dann

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

Dann ist hier noch eine Position, auf die ich aufmerksam machen möchte: Unterstützungen für im Ausland befindlicher Saareinwohner. Es ist hier ein Betrag von 100 000 Franken eingesetzt, aber ausgegeben sind für notleidende Saarländer im Ausland im ganzen 73 000 Franken. Es wäre sicher nicht schwer gefallen, den eingesetzten Betrag ganz auszugeben. Man muß hierbei berücksichtigen, daß das Autokonto immer noch mit einer Million in diesem Etat steht und es ist interessant, daßdie Förderung des fakultativen französischen Unterrichts immer noch eine Summe von 100 000.-Franken erfordert. Vielleicht wird er gesagt bekommen, daß wegen der Grenzbevölkerung die Förderung der französischen Sprache notwendig sei. Dann empfehle ich ihm, daß er einmal ohne französischen Begleiter nach Lothringen und dem Elsaß fährt. Er wird dann feststellen, daß die Sprachgrenze nicht bei Spichern liegt, und er wird weiter feststellen, daß er sich im ganzen Elsaß und Lothringen bis nach Metz in deutscher Sprache gut verständigen kann.

Es sind weiter 65 000 Franken eingesetzt zur Förderung des Völkerbundsgedankens. Aber wir können ihm sagen, wenn er den Völkerbundsgedanken fördern will, dann soll er nur sorgen, daß wenigstens der Versailler Vertrag dem Buchstaben nach erfüllt wird, dann trägt er ganz bestimmt mehr zur Förderung des Völkerbundsgedankens bei als die Dinge, für die die 65 000 Franken aufgewendet werden.

Daß uns die Bahnschutztruppen, die uns seinerzeit Frankreich "kostenlos" zur Verfügung gestellt hat, immerhin noch eine Viertel Million kosten, das möchte ich nur nebenbei erwähnen.

Dann ist eine Position da für Ausbildung von Leuten in kaufmännischen Berufen, Unterstützung notleidender Handwerker usw. und da hat die Regierungskommission 100 000 Franken eingesetzt, also keine überwältigende Summe. Es wäre sicher die Möglichkeit vorhanden gewesen, diese Summe auszugeben. Das hat aber die Regierungskommission nicht getan. Sie hat von diesen bewilligten 100 000 Franken nur rund 60 000 Franken ausgegeben und daraus kann man ersehen, wie die Regierungskommission lässig ist, wenn es sich um saarländische Interessen handelt. Gerade bei den anderen Interessen wird uns nachgewiesen, daß die Zölle 147 Millionen Franken eingebracht haben. Vielleicht findet der Herr Präsident einmal Gelegenheit, sich zu überlegen, welche Lasten durch diese Einnahmen entstanden sind. Und dann wäre dabei etwas zu erwähnen, was von uns immer wieder erwähnt wurde. Wir wissen zwar, was der Reinertrag der Zölle ausmacht - nach zwei Jahren ungefähr - wir wissen aber nicht, was die französischen Zollbehörde abschreibt, was uns zugute kommen mpßte und was zur Entlastung dienen könnte. Und dann noch eins, wir haben einen Antrag, auf den ich gleich noch zu sprechen komme. Da verlangen wir einen anderen Finanzausgleich zwischen der Saargebietsverwaltung und den Gemeinden. Das ist eine alte Frage, die die anderen Fraktionen ebenfalls gestellt und unterstützt haben. Wir haben immer behauptet, daß die Saarregierung die Gemeinden in einer Weise belastet, daß die Steuern einfach nicht mehr aufgebracht werden können und sie haben immer weniger Rücklagen. Aus diesen Ist-Nachweisen geht herbor, daß die Saarregierung damals bereits einen Überschuß hatte von rund 50 Millionen. Sie bringt aber außerdem noch einen Nachweis, daß sie 3 Millionen Franken eingespart hat, die sie über die ordentlichen Rücklagen hinaus noch hatte. Das sind Dinge, Herr Staatskommissar, auf die Sie bitte den Herrn Präsidenten der Regierumgskommission aufmerksam machen wollen. Je nachdem wie er sich zu diesen Dingen stellt wird für uns die Frage zu beantworten sein: Können wir mit diesem neuen Präsidenten der Regierungskommission anders arbeiten als wie mit den vorhergehenden oder nicht ? Hat er

nur

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4

56

nur den Ehrgeiz, die Interessen Frankreichs wahrzunehmen, -das kann man ruhig von den früheren mehr oder weniger sagen- dann möge er auf diesem Wege fortschreiten, dann trennen sich unsere Wege. Hat er aber den Wunsch, als ehrlich und gerecht denkender Mensch auch einmal die Interessen der Saarbevölkerung zu wahren und sich des Passus zu erinnern, der im Saarstatut enthalten ist, dann können wir für die Zukunft sehr gute Hoffnung haben. Es wird dann auch ein ganz anderer Ruhm blühen wie seinen Vorgängern. Er kann hier große Dinge vollbringen, die im Interesse der Völkerversöhnung liegen, obwohl zu bemerken ist, er übernimmt ein außerordentlich schwieriges Erbe von seinem Vorgänger. Über die Schwierigkeiten ist er sich vorläufig noch nicht klar und meine Ausführungen sollen nur dazu dienen,daß er sich die Dinge ansieht. Wenn er den guten Willen hat, sein Amt gerecht auszufüllen, dann wird es an der Mitarbeit der Saarbevölkerung sicher nicht fehlen.

Wir haben eine Anzahl Anträge eingereicht. Da m öchte ich bei dem Arbeitsbeschaffungsprogramm darauf hinweisen, daß die Bäche und kleinen Flüsse im Saargebiet vollständig versumpft sind. Ihre Regulierung bedeutet eine Arbeitsbeschaffung für sehr viele. Bei dem Antrag über die Saarzollverhandlungen, über das Kartoffeleinfuhrverbot, möchte ich nur auf eins aufmerksam machen. Die Kartoffeleinfuhr ist in Frankreich verboten worden wegen der Gefahr des Einschleppens des gefürchteten Koloradokäfers. Die Sache liegt so, daß in Deutschland diese Gefahr nicht besteht. Das Verbreitungsgebiet des Koloradokäfers reicht von Westen bis beinahe an die lothringische Grenze heran. Demnach wäre es doch richtig, die deutsch-saarländische Grenze zu öffnen und die saarländisch-französische Grenze zu schließen, um dieses Übel fernzuhalten. Was geschieht, geschieht nicht im Interesse der saarländischen Bevölkerung, sondern im Interesse Frankreichs.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4
I

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 1

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll !

Abg. Schmoll (DWP): Meine Dame und meine Herren! Was die Rückgliederung des Saargebietes anbelangt, so kann ich heute nur unseren früheren Standpunkt wiederholen, daß wir die Rückgliederung des Saargebietes als eine Selbstverständlichkeit betrachten, und daß weder die politischen noch die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland uns in der Beziehung zu einer Anderung der Meinung veranlassen können.
Es muß aber einmal gesagt werden, daß es unsere Ansicht ist, daß die Kampfesweise,mit der bisweilen im Saargebiet gekämpft wird, vielleicht nicht ganz die richtige ist. Solange die Dinge nur unsere Partei betrafen, haben wir geschwiegen. Es häufen sich jetzt jedoch die Fälle, daß die Parteien sich gegenseitig sich des schlechteren Deutschtums bezichtigen. Es ist unbedingt nötig,daß wir in dieser Beziehung zur Besinnung kommen. Um nur ein Beispiel von meiner Partei anzuführen - ich könnte ebenfalls viele Beispiele von anderen Parteien anführen, was ich aber vermeiden will -. In der vorletzten Stadtratssitzung wurde uns der Vorwurf gemacht, wir störten eine nationale Kundgebung und zwar nur deshalb, weil wir eine Vorlage der Regierungskommission über die Kontrolle der Gemeindefinanzen nicht in allen ihren Teilen abgelehnthaben. Es ist dies eine Kampfesweise, die man meiner Meinung nach gerade im Saargebiet vermeiden muß. Wer hat nur Freude an solch einer Beschuldigung ? Die Ausländer ! Ich will deshalb auch weitere Worte über diese Dinge nicht mehr verlieren. Meine Herren! Die wirtschaftliche Not regiert die Stunde. Es sind nicht nur die Kreise der Arbeiterschaft, sondern es sind auch weite Schichten des Mittelstandes, die unter dieser Not leiden, namentlich die Landwirtschaft, und da möchte ich die Regierungskommission dringend bitten, durch Hergabe billiger Kredite diesen Ständen zu helfen. Bei der Landwirtschaft ist es heute so: Sie zehrt das auf, was sie besitzt. Die allgemeine Not werden wir nicht beseitigen können, aber wir müssen sie mit allen Kräften zu lindern versuchen und da gibt es nur zwei Wege. Der eine Weg bedeutet Arbeitsbeschaffung und der andere Weg die größte Sparsamkeit in den Betrieben und Verwaltungen der öffentlichen Hand. Wir dürfen uns nicht damit trösten,daß es hier noch nicht so schlimm ist wie in anderen Gegenden, namentlich in ~~q~~ anderen Bergbaurevieren, o, nein,das ist für uns ein Fingerzeig, daß wir den tiefsten Stand der Wirtschaftsdepression im Saargebiet noch nicht erreicht haben und es ist viel besser, wir richten uns noch auf Schlimmeres ein und legen rechtzeitig um, als daß wir durch die Verhältnisse herumgelegt werden. Wenn man das Saargebiet durchwandert, dann kann man nur Freude haben an der Entwicklung in baulicher Hinsicht, die die Gemeinden geschaffen haben. Wenn man sich aber darüber klar wird, daß vieles, was geschaffen wurde, mit gepumptem Gelde gemacht wurde, dann kann die Freude doch außerordentlich gedämpft werden. Denken Sie doch nur einmal daran,daß die Stadt Saarbrücken im letzten Jahre 30 Millionen Franken aufbringen mußte,um den Zinsendienst zu erfüllen für ihre Schulden und daß jetzt eine kleine Erleichterung nur dadurch eingetreten ist,daß die englische Währung zusammenbrach. Dieses Daraufloswirtschaften der Gemeinden und der öffentlichen Körperschaften muß endlich aufhören und auch die Regierungskommission hat die Pflicht, die größte Sparsamkeit in ihrem Betriebe walten zu lassen. Wir sind der Ansicht, daß hier noch viel geschehen muß. Vor allen Dingen muß der große Verwaltungsapparat billiger gestaltet werden,

57

man kann ihn verkleinern, wenn Ausländer und Parteibuchbeamte kaltgestellt werden. Um einen Überblick über die Finanzen des Saargebietes zu bekommen, ist es notwendig, daß die Regierungskommission allmonatlich die Steuereingänge veröffentlicht und selbstverständlich auch die Zolleinnahmen. Es ist dies doch keine besondere Forderung. In jedem zivilisierten Staatswesen ist das üblich und wir haben es auch in der Stadt Saarbrücken durchgeführt. Die Stadtverwaltung gibt den Stadtverordneten allmonatlich die Ausweise über die Steuereingänge. Wenn in der letzten Zeit die Steuerschraube in schwindelerregender Weise angezogen wird, wenn neue Steuergesetze in Erwägung gezogen werden, dann empfehlen wir dem Vertreter der Regierungskommission, seine vorgesetzte Behörde darauf hinzuweisen, daß dabei der größte Steuerzahler, die Grubenverwaltung nicht vergessen wird. Wir sind der Ansicht, daß auch die Verwaltung der Saargruben ruhig mehr Steuern bezahlen kann, wenn die übrigen Bürger noch höhere Steuern aufbringen sollen. Das zweite Mittel der Arbeitsbeschaffung ist die Kohlenausfuhr nach Frankreich zu heben. Wir möchten diesen Gedanken der Regierungskommission besonders empfehlen.

Ferner bitten wir, das Augenmerk darauf zu richten, daß brachliegendes Land kultiviert wird. Dadurch könnte Beschäftigung für Arbeitslose geschaffen werden. Ich möchte der Regierungskommission empfehlen zu Fuß durch das Sulzbachtal zu gehen. Das ist ein ganz übler Zustand, wie dieses Bachbett aussieht. Die preußische Grubenverwaltung hatte bereits die Absicht, das Bachbett zu regulieren und es wird allerhöchste Zeit, daß da etwas geschieht. Vielleicht geschieht aber aus dem Grunde nichts, weil die Bergbehörde zu den Kosten nichts beitragen will. Das wäre ein Projekt, das Arbeitslosen Beschäftigung geben würde. Wenn man den Gedanken der Arbeitsdienstpflicht erörtern will - sollte nicht ein freiwilliger Arbeitsdienst im Saargebiet möglich sein ?

(Zurufe: Hört, hört !)

Ein wesentliches Moment, das die Arbeitslosigkeit beheben könnte, ist die

Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft.

Wenn in den 22 größeren Gemeinden des Saargebietes die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen verschwinden würde, dann wäre der Hausbesitz in der Lage, für eine ganze Menge Arbeitsloser Arbeit zu beschaffen und den Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu geben.

(Zuruf der Kommunisten: Durch Erhöhung der Mieten!)

Wir verlangen von der Regierungskommission, daß sie eine Wohnungszählung vornimmt. Sie hat offenbar Angst, die Wahrheit zu erfahren. Es wird sich dann zeigen, daß keine Wohnungsnot besteht. Die Wohnungsnot besteht lediglich in altem Wohnraum. Erst wenn der alte Wohnraum verschwunden sein wird, das kann vielleicht in 150 bis 200 Jahren der Fall sein, dann wird die Nachfrage nach den Altbauwohnungen aufhören. Solange der alte Wohnraum vorhanden sein wird, drängt sich alles in die Altbauwohnungen und die Neubauten bleiben leer.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Weil die Leute die Miete nicht aufbringen!)

Man hat den Neubaubesitzern zugeredet, daß sie bauen sollen, man wolle ihnen helfen durch Zuschüsse, und jetzt läßt man sie in der Patsche sitzen. In Saarbrücken stehen eine ganze Anzahl Neubauwohnungen leer. Wenn die Zinssenkung vorgenommen

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 44 A4

vorgenommen wird, dann muß darauf geachtet werden, daß diese Zinssenkung nicht den Gemeinden zugute kommt, sondern den Neubaubesitzern.

Ich erlaube mir, die Regierungskommission auf den 1.Januar 1933 aufmerksam zu machen, an welchem Termin die Aufwertungshypotheken fällig sind. Es muß etwas geschehen, damit die Hausbesitzer den Hypothekengläubigern gerecht werden können. Die Hypothekengläubiger können in die Lage kommen, ihr Geld zurückverlangen zu müssen. Heute ist es gar nicht möglich, größere Geldbeträge aufzubringen, um die Hypothekengläubiger zu befriedigen. Darum muß etwas geschehen. In Einzelheiten möchte ich mich heute nicht verlieren. Die Regierungskommission soll über diese Dinge rechtzeitig nachdenken.

Bezüglich der gewerblichen Räume wollen wir keine neue Zwangswirtschaft und wir müssen daher alle dahingehenden Anträge ablehnen. Wir richten in aller Öffentlichkeit an alle Hausbesitzer die Mahnung, soweit sie gewerbliche Räume vermieten, ja nicht den Bogen zu überspannen,damit nicht auch noch ein Strich durch die Rechnung gemacht wird, indem der Gesetzgeber wieder Hand auf den Hausbesitz legt. Wenn Preissenkungen vorgenommen werden sollen, müssen wir in erster Linie verlangen, daß die Kommunalbetriebe vorbildlich vorgehen. Wir haben noch nichts davon gehört,daß öffentliche Betriebe ihre Preise irgendwie ermäßigt haben. Nicht einmal die Preise für Strom,Gas und Wasser sind e gesenkt worden.

Noch ein Wort zur

Sozialgesetzgebung.

Es ist ein ungeheuerlicher Zustand, daß man das Privateinkommen der Sozialrentner mit heranzieht, um die Kassen zu sanieren. Das geht nicht an. Das verstößt gegen Treu und Glauben, daß man Privateinkommen auf die Renten anrechnet und daß man Sozialrentnern überhaupt keine Rente mehr gibt, wenn sie ein gewisses Einkommen aus ihrem Betrieb oder ihrem Häuschen haben. Durch Verordnung vom 31.März 1932 hat die Regierungskommission das kassenärztliche Dienstverhältnis auch bei den Knappschaften neu geregelt. Dabei wurde die freie Ärztewahl geregelt. Soweit ich gehört habe,geht die Regierungskommission mit der Frage um, diese freie Ärztewahl wieder zu beseitigen. Wenn die Regierungskommission im Unterbewußtsein einmal etwas Gutes geschaffen hat, soll sie auch ruhig dabei bleiben.

Was die

Grubenstillegungen

anbelangt, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß wenigstens jetzt weitere Grubenstillegungen vermieden werden müssen.

Und nun noch etwas über die

Grubenschäden.

Wir haben Grund uns darüber zu beklagen, daß die Entschädigung des zerstörten Privateigentums mit sehr wenig Entgegenkommen geregelt wird. Die rechtliche und moralische Verpflichtung, die Reparaturen voll und ganz auf sich zu nehmen, besteht zweifelsohne und wir bitten die Regierungskommission besonders in den Ortschaften Schnappach,Quierschied Dudweiler usw. nach dem Rechten zu sehen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Der Herr Abgeordnete Lorenz hat heute morgen verschiedene Bemerkungen gemacht, auf die ich eingehen muß. Ich bestreite dem Herrn Abgeordneten Lorenz nicht das Recht der Kritik, ich muß aber persönliche Angriffe gegen Mitglieder der Regierungskommission und ihren Beamten nachdrücklichst zurückweisen.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Auch wenn sie berechtigt sind!)

Ferner ist die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und des Landesrates auf den Gemeindevorsteher in Bous gelenkt worden. Ich kann eine derartige Äußerung eines Gemeindevorstehers nicht ohne weiteres glauben und ich bitte Sie, mir gefälligst Unterlagen für diese Behauptung beibringen zu wollen. So lange Sie mir diese nicht nachweisen, muß ich sie bestreiten.

Die Anträge, die gestellt worden sind, werde ich auf dem schnellsten Wege an die Regierungskommission weiterleiten, ebenso Wünsche und Anregungen, die hier gefallen sind.

Dem Herrn Abgeordneten Lorenz möchte ich noch bemerken, daß der neue Kultusminister nicht aus der Tschechoslowakei, sondern aus Jugoslavien stammt.

Vorsitzender: Es liegen eine Anzahl Anträge von verschiedenen Parteien vor, zu welchen sich die einzelnen Redner schon geäußert haben.

Die Anträge lauten:

A n t r ä g e

der Sozialdemokratischen Fraktion.

--

I. Betr.: Erwerbslosenfürsorge.

--

Die Sozialdemokratische Landesratsfraktion beantragt:

1) Die Erwerbslosenfürsorgesätze wieder auf ihre alte Höhe und zwar den Stand vom November 1930 heraufzusetzen;

2) die Ausschlußsätze wieder auf ihren früheren Stand zu erhöhen;

3) Änderung der Bestimmungen zugunsten der Kurzarbeiter , der Wohlfahrtserwerbslosen,und solcher Gruppen, die bisher vom Bezuge ausgeschlossen waren.

4) Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge bei Ausgesteuerten durch die Gemeinden.

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4

II. Betr.: Preissenkung, Zinssenkung, Mietsenkung.

Die sozialdemokratische Landesratsfraktion fordert zur Senkung der Lebenshaltungskosten und des Preisniveaus zollfreie Einfuhr ausreichender Kontingente lebenswichtiger und lebensnützlicher Bedarfsartikel bezw. Zollrückvergütung für Waren des täglichen Bedarfs,insbesondere auch für solche, für die durch französische Ausfuhrverbote eine verschärfte Notwendigkeit des Bezuges von Deutschland her festgelegt ist. Zugleich fordert sie eine durchgreifende Zinssenkung und eine Senkung der Mieten,insbesondere in Neubauten und gewerblichen Räumen.

III. Betr.: Erhöhte Einkommen.

-

Die sozialdemokratische Landesratsfraktion verlangt eine sofortige und durchgreifende Kürzung der Spitzengehälter und der Großpensionen in Staat, Kommunen,privater und öffentlicher Wirtschaft, und eine Herabsetzung aller übrigen der heutigen Notzeit nicht mehr entsprechenden überhöhten Einkommensbezüge evtl. auf dem Wege der Steuer.

Dagegen steht die sozialdemokratische Landesratsfraktion auf dem Standpunkt, daß jede Lohn-und Gehaltskürzung der Arbeiter-,Angestellten-und übrigen Beamteneinkommen und jede Kürzung der Sozialrenten entschieden abzulehnen ist, da diese Lohn-und Rentenkürzung durch weiteren Kaufschwund der breiten Massen die Kreise verschärfen und die Not in weiten Kreisen der Bevölkerung nur noch vermehrt.

-

IV. Betr.: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Zur Bekämpfung der rapide im Saargebiet fortschreitenden Arbeitslosigkeit fordert die sozialdemokratische Landesratsfraktion:

1) einschneidende Verkürzung der Arbeitszeit;
2) ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm;
3) erhöhte öffentliche Zuschüsse zu den Sozialversicherungsträgern, damit diese in die Lage versetzt werden, die älteren Jahrgänge zu pensionieren und deren Arbeitsplatz den jüngeren Jahrgängen freigemacht werden kann.

-

V. Betr.: Zinszuschüsse.

Die sozialdemokratische Landesratsfraktion fordert die Regierungskommission auf, erneut größere Mittel zur Verfügung zu stellen, aus denen an entlassene Arbeiter,die ihren Zinsverpflichtungen für Wohnungsbau nicht nachkommen können, Zinszuschüsse geleistet werden.

-

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 11
A4 1

VI. Betr.: Lage im Saarbergbau.

-

Der kapitalistische kohlenwirtschaftliche Wirrwarr in Europa hat im Kohlenbergbau zu einer grotesken Überspitzung der verhängnisvollen Unausgeglichenheit zwischen Produktionsmöglichkeit und Absatzgelegenheit geführt. Außerdem hat der systematische Mißbrauch der wirtschaftlichen und politischen Macht des Privatkapitals im Bergbau die organisatorischen Unzulänglichkeiten und Mißerfolge inn dieser für die Gesamtwirtschaft lebenswichtigen Industrie bis zur Verhinderung eines Europakartells für Kohle weiter verschärft. Die Folgen dieser kapitalistischen Kohlenmißwirtschaft aber haben vor allem die Bergarbeiter in der Form von Entlassungen, Feierschichten, Betriebsstillegungen, Lohnreduzierungen und anderen sozialpolitischen Verschlechterungen zu tragen.

Demgegenüber fordert die sozialdemokratische Landesratsfraktion die Aufrechterhaltung des Belegschaftsstandes, wie er bei der Übernahme der Saargruben in Besitz des französischen Staates vorhanden war. Damals hat Frankreich die Gruben gefordert zum Ausgleich seiner eigenen mangelnden Produktion und der Zerstörungen im nordfranzösischen Kohlenbergbau. Wenn Frankreich der darin enthaltenen Absatzpflicht nachkommt, was bei der immer noch sehr starken Einfuhrziffer Frankreichs in Kohle durchaus möglich ist, kann ein erhöhter Belegschaftsbestand gehalten und können Stillegungen, Feierschichten, Entlassungen etc. vermieden werden.

Der systematische technische Ausbau der Gruben wird so stark vernachlässigt, daß dadurch Personal überfällig wird. Das hat zugleich den Nachteil, daß die dabei zu Tage tretenden Förderungsmethoden die Zukunft des Saarbergbaues gefährden.

Auch bei den letzten Entlassungen ist es wieder vorgekommen, daß ein ungehöriger Druck auf die Bergarbeiter ausgeübt wurde, entweder ihre Kinder in die französische Schule zu schicken oder auf die Entlassungsliste gesetzt zu werden.

A n t r a g

der Deutsch-Saarländischen Volkspartei

betr.: Aufhebung der Notverordnungen über die Gemeindefinanzen.

Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission zu ersuchen, die zum 1.April erlassenen Notverordnungen betr. die Gemeindefinanzen umgehend wieder aufzuheben und die sich aus diesen Verordnungen ergebenden Fragen so zu regeln, wie es der Landesrat über die ihm zur Beratung zugesandten Vorlagen noch beschließen wird.

B e g r ü n d u n g :

Nach dem Saarstatut sind Gesetzesänderungen im Saargebiet nur nach Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung zulässig. Die Vorlagen über die Gemeindefinanzen sind dem Landesrat zwar zugegangen, aber noch nicht verabschiedet

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 111
A4

verabschiedet worden. Die Regierungskommission hat daher nicht das Recht, vor der Anhörung des Landesrates solche einschneidenden Gesetze zu erlassen, zumal ganz entschieden bestritten werden muß, daß ein offensichtlicher Notstand vorliegt, der auf schnellstem Wege durch Notverordnung beseitigt werden müßte. Es geht nicht an, daß die Regierungskommission durch solch übereiltes Handeln eigenmächtig dem Landesrat in seinen Rechten vorgreift.

A n t r a g

der Deutsch-Saarländischen Volkspartei

betr.: <u>französische Zollpolitik.</u>

Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission zu ersuchen, in unverzüglich mit der französischen Regierung einzuleitenden Verhandlungen durchzusetzen, daß bei allen Maßnahmen der französischen Zollverwaltung, durch die saarländische Belange einschneidend berührt werden, die Vertreter der saarländischen Wirtschaft gutachtlich gehört und deren Wünsche, die sich aus der Sonderlage des Saargebietes ergeben, entsprechende Berücksichtigung finden.

B e g r ü n d u n g :

Die französische Regierung hat zwar bei den Saarzollverhandlungen ausdrücklich anerkannt, daß in Anbetracht der Sonderlage des Saargebietes auch besondere Zollmaßnahmen notwendig seien. Trotzdem werden die französischen Zollerhöhungen, die Einfuhrsteuern, die Einfuhrverbote, Kontingentierungen des Warenbezugs aus dem Zollausland ohne Rücksicht auf diese Sonderlage zur Durchführung gebracht. Sämtliche Kreise der Wirtschaft und der Bevölkerung geraten dadurch in die größten Schwierigkeiten. Vor allem aber muß eine fühlbare Verteuerung der Lebenshaltung die notwendige Folge sein, was bei der immer noch rückläufigen Konjunktur und den dadurch ständig sinkenden Einkommen für die Saarbevölkerung völlig untragbar ist. Zu welch unerträglichen Zuständen diese Art von Zollpolitik führen muß, zeigt das soeben erlassene Kartoffeleinfuhrverbot, durch das die Versorgung des Saargebietes mit dem wichtigsten Nahrungsmittel aufs ernsteste gefährdet wird. Wie wenig konsequent die Haltung der französischen Zollverwaltung ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß man zum Schaden des saarländischen Gewerbes die Einfuhr von Fleisch in jeder Form aus dem Saargebiet nach Frankreich verboten hat, während die Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren aus Frankreich ins Saargebiet keinerlei Beschränkungen unterliegt. Wir ersuchen die Regierungskommission dringend, für eine umgehende Änderung dieser völlig unhaltbar gewordenen Zustände Rechnung tragen.

<u>Antrag</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4 I

A n t r a g

der Deutsch saarländischen Volkspartei

betr.: Neuregelung des Finanzausgleichs.

Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission zu ersuchen, eine Neuregelung des Finanzausgleichs in dem Sinne vorzunehmen, daß eine stärkere Entlastung der Gemeinden, vor allem in der Frage der Wohlfahrtsausgaben zu Lasten der Landeskasse erfolgt.

B e g r ü n d u n g !

Durch die ständig ansteigenden Wohlfahrtslasten, für deren Anwachsen die Gemeinden nicht verantwortlich gemacht werden können, geraten die saarländischen Gemeinden in immer größere Schwierigkeiten. Es hat sich deutlich herausgestellt, daß der von den Gemeinden zuatragende Anteil durchweg deren finanzielle Leistungsfähigkeit erheblich übersteigt. Es geht daher nicht an, diese Frage einfach dadurch zu regeln, daß von der Aufsichtsbehörde phantastische Umlagesätze festgelegt werden, die deshalb auf dem Papier stehen bleiben müssen, weil solche Steuern niemand aufbringen kann. Notwendiger, als durch Notverordnungen die Betätigung der Gemeinden einzuengen, erscheint es daher, daß die Regierungskommission durch Neuregelung des Finanzausgleichs für eine entsprechende Herabminderung der den Gemeinden jetzt aufgebürdeten Lasten sorgt.

A n t r a g

der Deutsch-saarländischen Volkspartei

betr.: Arbeitsbeschaffung.

Der Landesrat wolle beschließen, von der Regierungskommission zu verlangen, endlich ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorzulegen, durch das eine Wiederankurbelung der Wirtschaft und die Beschäftigung einer größeren Anzahl von Erwerbslosen ermöglicht wird.

B e g r ü n d u n g :

Es dürfte sich angesichts der auch der Regierungskommission nur zu bekannten Tatsachen erübrigen, diesen Antrag im einzelnen zu begründen. Wir brauchen nur auf die ständig steigende Zahl der Erwerbslosen hinzuweisen, die gerade infolge der starken Entlassungen von Bergleuten eine bedenkliche Höhe erreicht hat. Es ist u.E. höchste Zeit, daß die Regierungskommission aus dem Stadium theoretischer Erwägungen herauskommt und auf diesem Gebiet praktische Arbeit leistet, um der in allen Kreisen der Bevölkerung immer mehr um sich greifenden Not wenigstens in etwa zu steuern.

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11

A4 I

Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir diese Anträge, wie wir das bisher auch getan haben, en bloc der Regierungskommission mit den Unterlagen und Empfehlungen unterbreiten.

Ich erteile jetzt dem Herrn Abgeordneten Petri das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abg. Petri (SP): Der Herr Abgeordnete Lorenz hat beliebt, auch heute etwas zu sagen, was bereits in einer früheren Sitzung von mir richtiggestellt worden ist, nämlich, daß ich auf der Grube Kohlwald Streichbruch verübt habe. Ich muß das durchaus ablehnen. Ein Streik auf Grube Kohlwald ist von den Tariforganisationen nicht beschlossen worden. Mithin ist von mir auch kein Streikbruch verübt worden.

(Zuruf der Kommunisten: Und in Oberlinxweiler ?)

Wenn Ihr (zu den Kommunisten) Euch erlaubt, auf einer Grube einen Streik zu organisieren, dann geht uns das nichts an. Ich muß bei dieser Gelegenheit den Herren Kommunisten sagen, daß, wenn sie wirklich noch einmal einen solchen Streik inscenieren wollen, sie ihre Streikposten besser aussuchen müssen. Wenn man einen Streik als den schärfsten Kampf der Arbeiterschaft durchführt, dann darf man nicht dulden,daß die Streikposten auf derselben Grube mittags und auf der Nachtschicht anfahren und morgens ihre Kollegen von der Arbeit fernhalten. Wir können uns jedenfalls als Tariforganisation solchen Streiks nicht anschließen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hey!

Abg. Hey(KP): Meine Dame und meine Herren! Ich stelle ausdrücklich fest,daß die Feststellungen, die von uns gemacht worden sind, daß der Gewerkschaftssekretär Petri auf der Grube Kohlwald Streikbruch verübt hat, den Tatsachen entspricht. Wenn auch dieser Streik nicht ausgelöst wurde von den Tarifgewerkschaften, aus dem einfachen Grunde, weil die Tarifgewerkschaften gar nicht daran denken werden,einen Streik zu führen gegen die Verschlechterungen, so haben die Tariforganisationen den Beweis erbracht, daß es ihre geschichtliche Mission ist, als Streikbrecher zu dienen. Wenn die Tarifgewerkschaften den Streik nicht ausgelöst haben,haben die Tarifgewerkschaften doch nicht das Recht,Streikbruch zu verüben. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich noch an den Streik in Oberlinxweiler, wo der Chefredakteur Matth.Braun öffentlich aufgefordert hat und öffentlich geworben hat um Streikbrecher.

(Zuruf der Kommunisten: Hört,hört!)

Dies alles in einem Moment, wo die Arbeiter gestreikt haben gegen einen Lohnabbau um 35 %.

(Zuruf der Kommunisten: Der Völkerbundsdelegierte Matth. Braun!)

- Glocke des Vorsitzenden -

Ich

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4 I

Ich bin der Meinung, wenn einer von der Zentrumspartei oder von den bürgerlichen Parteien sprechen würde, dann würden Sie nicht so viel Gebrauch von Ihrer Glocke machen. Wir sind ja gewohnt, daß unsere Redner am Sprechen verhindert werden, ausgerechnet dann, wenn man Euch die wahre Maske vom Gesicht herunterreißt.

Vorsitzender: (zu den Kommunisten): Ich muß feststellen, daß Ihr Redner solange gesprochen hat wie alle anderen Redner zusammen. Was Sie hier vorbringen, gehört nicht mehr in den Rahmen einer Erwiderung.

Da unsere Aussprache geschlossen ist, schließe ich die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 30 Minuten).

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 11 A4